

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Öffentliches Organ für die Mitglieder des Zentral-Vereins der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen, sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Sipler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniagt in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreizehntägige Beilagszeile oder deren Raum 15 S. — Postanlag Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Abermals: Die Zünfterei in statischer Beleuchtung. Der Kirchenbau. Panikismus. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die „geistige“ Befreiung der Sozialdemokratie. Zum sozialen Gewaltkampf. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Situationsberichte. — Eingeladn. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Abermals:

Die Zünfterei in statischer Beleuchtung.

Es könnte scheitern, als wäre es überflüssig, den sich langsam verblutenden Zünnungen immer wieder den Spiegel vorzuhalten, da auf Grund unparteiischer amtlicher Angabe ihr Bild reflektiert, wie es ist. Allein in Wahrheit ist das doch notwendig, denn die Regierung hat die paar zünftlerischen Schreier, die jüngst in Berlin über ihren Entwurf der Handwerks-Organisation zu Gerichte saßen, als eine „kampfführende Macht“ förmlich anerkannt, und es ist zu befürchten, daß auf die maßgebenden Stellen gewaltig eingewirkt werden wird, um noch mehr für die Zünnungen herauszuschlagen und die Ueberzahl der deutschen Handwerker, die vom Zünnungsrummel nichts wissen will, zu verzwängeln.

Es liegen abermals zwei von autoritativer Seite stammende Untersuchungen betr. das Zünnungswesen vor. Die eine ist für den Bezirk Dresden von der dortigen Handels- und Gewerbestammer angestellt und reicht bis Ende 1892, die andere vom Königl. Kommerz-Kollegium in Altona für die schleswig-holsteinischen Zünnungen Ende 1893. Zudem sind beide um deswillen sehr lehrreich, weil sie mit früheren Veröffentlichungen vergleichbar sind und beide Bezirke die relativ größten Zahlen von Zünftlern überhaupt aufweisen.

Unter allen größeren Einzelstaaten des Deutschen Reiches hat das Königreich Sachsen weitaus die meisten Zünnungsmitglieder im Verhältnis zu seiner Bevölkerung. Es wurden hier am 1. Oktober 1888 (neuere Zahlen liegen leider nicht vor) 1264 Zünnungen mit 55574 Mitgliedern gezählt. Auf den Dresdener Bezirk entfielen davon im Jahre 1886: 337 Zünnungen mit 10706 Mitgliedern und 1892: 369 Zünnungen mit 11573 Mitgliedern. Also in dem sechsjährigen Zeitraum Zunahme der Zünnungen um 32, an Mitgliedern 867. Dabei sind verständiger Weise von dem Berichterstatter drei bestehende Zünnungen von Kaufleuten ausgeschlossen, weil sie im Grunde mit den eigentlichen Handwerker-Zünnungen nichts gemein haben. Befremdlich aber bleibt, daß in der Liste zwei Kaufmanns-Zünnungen verblieben sind, nämlich die Dresdener Kaufmannschaft, welche mit 536 Mitgliedern und einem Vermögensbestande von fast M. 800000 die weitaus höchsten Ziffern in dem ganzen Wille aufweist und die Kaufmanns-Zünnung zu Pöna mit 34 Mitgliedern und M. 9500 Vermögen. Diese sind jedenfalls in Abzug zu bringen.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist in der bezeichneten Periode von 31,8 auf 31,4 gesunken, eine Erscheinung, die sich in noch stärkerer Weise in Preußen zeigt. Von den früher bestehenden Zünnungen blieben 44 stationär, 171 vermehrten sich um etwa 10 Mitglieder im Durchschnitt, 154 wiesen eine Verminderung um 5,5 im Durchschnitt auf. Das Resultat also ist, daß von 1886—1892 die bestehenden Zünnungen sich um ganze 320 Mann oder noch nicht 1 Prozent ihres Bestandes vermehrten; das bedeutet in einem Lande mit starker Bevölkerungszunahme —

sicherlich auch unter den Kleingewerbetreibenden — eine beträchtliche relative Abnahme an Zünnungsmitgliedern. Um dies Ergebnis ganz zu würdigen, sei angeführt, daß in der Stadt Dresden die Zunahme an Zünnungsmitgliedern 368 betrug — die weitaus stärkste! — daß dagegen von 1885—1890 allein die Bevölkerung um 30000 Köpfe anwuchs!

Der Bericht hat auch eine Rubrik für die außerhalb der Zünnungen stehenden Handwerksmeister. Was dabei herauskommt, wenn man den Zünnungen solche Statistik überläßt, ist daraus zu ersehen — weiter freilich nichts. Denn es ist ein Un Ding, wenn die Handwerksmeister, die nicht den Zünnungen angehören, auf 5697 angegeben sind, gegen 10290 Zünnungsmeister. Wozu die Stammer diese total unbrauchbaren Ziffern eigentlich anführt, für deren Richtigkeit sie keine Garantie übernehmen will, ist schwer einzusehen. 27 Zünnungen haben allerdings angegeben, daß alle Meister ihres Berufsbezuges ihnen angehörten. Nehmen wir das einmal Scherzes halber für richtig an, so würde das Ergebnis nicht eben viel bedeuten. Die bezeichneten Zünnungen gehören nämlich zu den kleinsten und bestehen (außer zwei in Weichen) ausschließlich in Landstädten.

Von vornherein ist klar, daß eine Zünnung überhaupt ihre Aufgaben nur erfüllen kann, sofern sie für einen Berufsbezug in Tätigkeit tritt. Dieser Beibehaltung entsprechen jedoch nur 271 Zünnungen mit 8554 Mitgliedern, d. h. 75 bezw. 70 pZt. Ganz unbrauchbar sind 28 geringste Zünnungen, welche 1045 Mitglieder zählen, d. h. fast 9 pZt. aller. Am meisten Zünnungsmitglieder zählen Schuhmacher, Bäcker (über 1000), Fleischer, Schneider, Schmiede und Tischler (9—500). Durch je eine Zünnung vertreten sind nicht weniger als 24 Berufsbezüge, die sämtlich außerordentlich winzige Bestände aufweisen.

Der Zusammenfluß zu Zünnungsverbänden hat hier gegen 1886 erhebliche Fortschritte gemacht, eigentlich die einzige Lichtseite in dem Bilde. Immerhin steht noch nahezu ein Drittel aller Zünnungsmitglieder außerhalb derselben.

Was die Beiträge zu den Zünnungen anbelangt, so berichtigten 356 mit 10667 Mitgliedern. Nur in den wenigen Zünnungen, welche M. 4—6 Jahresbeitrag erheben, hob sich die Mitgliederzahl etwas gegen 1886. Dagegen sind die oberen und unteren Beitragsklassen nur wenig verändert. Fast ein Drittel aller Zünnungen zahlen unter M. 1, mit den M. 1 beitragenden sind es nicht weniger als 60 pZt. aller Zünnungen und 50 pZt. der Mitglieder. Daß eine solche „Höhe“ des Beitrages nicht zu großen Leistungen bei so geringer Zahl führen kann, liegt auf der Hand.

Die Angaben über Kranken- und Sterbekassen sind ungenau, weil viele Zünnungen sie falsch aufgeführt haben, daher viel zu hoch. Aber selbst diese irreführenden, weil viel zu günstigen Ziffern sind bezeichnend genug. Gleichzeitige Kranken- und Sterbekassen besitzen nur 15, Sterbekassen (nur für die Meister bezw. zum Teil für deren Frauen) nur 30, und Krankenkassen gar nur drei Zünnungen. Wenn der Bericht die — wie bemerkt überhaupt fragliche — winzige Zunahme (im Ganzen um elf seit 1886) durch das Vorhandensein der Versicherungsgesetzgebung gewissermaßen zu entschuldigen sucht, so ist darauf zu erwidern, daß dies für die Klassen zu Gunsten von Meistern garnicht einmal zutrifft, und daß außerdem die Zünnungsstellen leider durch die Gesetzgebung privilegiert worden sind. Wie wenig ihnen das nützt, und wie schwach die Initiative der Zünnungen überhaupt ist, sehen wir aus diesen Ziffern.

93 Zünnungen haben ihren Aufwand für Herbergen, Unterfützung und Arbeitsnachweis ihrer Gesellen ziffermäßig angegeben, während 33 weitere das Vorhandensein dieser Einrichtungen behaupten, ohne Ziffern anzugeben. Unter letzterer Kategorie ist übrigens der Nachweis nur in 2, Herbergen in 7 Fällen vorhanden, die übrigen betreffen Unterfützung von Gesellen. Das wäre also im Ganzen nur ein Drittel aller Zünnungen. Wenn sie diese Zwecke aber nur in so ungenügendem Maßstabe erfüllen, welche erfüllen sie denn sonst? Die Ausgaben sind überhaupt herzlich klein, nur eine Dresdener Zünnung (Edpfer) giebt nahe an M. 1000 aus, außerdem 13 andere über M. 100, der Rest (79) weniger. Und auch diese Ziffern sind entschieden zu hoch. So erscheint es auch der Handelskammer unglaublich, daß die 31 Mann zählende Zünnung der Holzarbeiter in Kolbitz, einem Städtchen von 4600 Einwohnern, M. 523 — fast ihre gesammte Ausgabe — für Herbergen verwendet haben soll.

Nach Herrn v. Werlepsch's Organisationsentwurf sollen die Zünnungen mehr die genossenschaftliche Thätigkeit pflegen. Genossenschaftlicher Geist aber und Privilegienwirtschaft sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. So auch hier im Dresdener Bezirk. Fünf Fleischer-Zünnungen besitzen Schlachthäuser, eine Tuchmacher-Zünnung ein Färberehaus und eine Kürschner-Zünnung einen Trodenplatz, daneben parabirt noch eine Schuhmacher-Zünnung mit einem gemeinsamen Rohstofflager — das ist Alles. Wenn wir hinzurechnen, daß drei Zünnungen gemeinsame Verkaufsstellen besitzen, so ist diese Seite ihrer Thätigkeit erschöpft. Doch nein, nicht ganz! Abgesehen davon, daß verschiedene Zünnungen Derartiges „planen“, haben andere sich zum Schaden der Konsumenten zu Kartellen im Kleinen vereinigt, indem sie Preisverbindungen schufen. Da liegt doch der Segen der „Bewegung“ klar vor Augen!

Endlich das Fachschulwesen. Eigene Fachschulen unterhielten nur 26 Zünnungen, wovon sechs ihren Aufwand nicht bezifferten. Läßt man den relativ hohen Beitrag der Dresdener Buchdruckerbesitzer (über M. 3000) weg, die ja kaum zu den Handwerkern im gewöhnlichen Sinne des Wortes gehören, so ist der dafür gemachte Aufwand recht bescheiden. Noch geringer aber wird er, sobald man die bloß Beiträge leistenden Zünnungen mitrechnet. Alles in Allem sind es nur 94, d. h. also ein Viertel aller Zünnungen, welche überhaupt eben für diesen wichtigsten aller Zwecke zahlen. In der Hauptsache verlassen sie sich auf den Staat und die Gemeinde.

Die Vorrechte aus § 100 e der Gewerbeordnung besaßen im Bezirk 35, d. h. noch nicht 10 pZt. Vergleichlich mit Preußen ist das eine geringe Zahl (15 pZt.), denn 17 unter den 47 in der Stadt Dresden bestehenden Zünnungen besitzen das Privileg und § 100 f gar nur zwei Zünnungen. Natürlich klagen die Zünftler ob dieser kläglichen Resultate nun die Aufsichtsbehörde an und zeigen sie der Parteilichkeit; es muß jedoch daran erinnert werden, daß in Sachsen die Behörden angewiesen sind, vorher die Gutachten der Gewerbeammern des Zünnungsverbandes einzuholen. Bei den Behörden darf hier Befangenheit überhaupt nicht vorausgesetzt werden, eher vielleicht ein zu großes Entgegenkommen gegen die Zünnungen; wie sich ja aus den vorstehenden Ergebnissen zur Genüge ergibt.

So steht es also im gelobten Lande der Zünftlererei aus! Die Zünnungschwärmer sind — im Aussterben begriffen.

Der Kirchenbau-Fanatismus

wuchert in Berlin, unserer herrlichen Reichshauptstadt der gerühmten, Zentrale der bürgerlichen Intelligenz, lustig weiter; immer üppiger schiebt er in Blüthe, während ungezählte Tausende armer elender Menschenkinder nicht wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollen. Kürzlich hielt der evangelische Kirchenbauverein, gebildet aus Mitgliedern des hohen Adels und sonstiger Kreise der "besseren Gesellschaft", seine Jahresversammlung ab.

Der Verein wendet seine Fürsorge in letzter Zeit ganz besonders dem Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu, für welche die in Höhe von Mk. 2 700 000 veranschlagten Baukosten immer noch nicht zusammengebracht sind. Mit einer vom Kaiser abermals gewährten Spende von Mk. 30 000 sind vorhanden bzw. in sichere Aussicht gestellt Mk. 2 340 000. Die Kirche soll im Herbst 1895 fertig sein. Einer späteren Zeit wird man die Mk. 350—400 000 veranschlagte Ausstattung der Kaiser Wilhelm-Gedächtnishalle überlassen müssen, wenn nicht die Stadt Berlin die Kosten übernimmt. Die Stadt ihrerseits hat irgend eine Neigung hierzu noch nicht verrathen, aber im Kirchenbauverein ist man der Ansicht, daß die Stiftung der Summe eine geeignete Gabe der Stadt Berlin wäre. Bei dieser Gelegenheit theilte übrigens Graf Mirbach noch Folgendes mit: In Berlin und Umgebung sind in den letzten 5 Jahren mit einem Kostenaufwand von 16 Mill. nicht weniger als 15 Kirchen eingeweiht, 6 bis 7 folgen noch in diesem Jahre, 8 weitere sind im Bau und die "volle Befestigung der Kirchennot" soll erst aufhören, wenn dann noch 18 Kirchen gebaut und außerdem für den Bezug nach Berlin alljährlich 2 Kirchen errichtet werden.

Da kann's ja sein, daß Herr Stöcker seinen Wunsch, es mögen in Berlin nahezu so viel Kirchen sein als Wirthshäuser, doch noch in Erfüllung gehen sieht, ohne daß zuvor der andere Herzenswunsch des Muderthums, nämlich die Schließung der meisten, wenn nicht aller Kneipen, in Erfüllung zu gehen braucht. Die oben angeführten Mittheilungen über Berliner Kirchenbauerei sind nur auf's Gerathewohl zusammengestellt, wie sie uns bei flüchtiger Durchsicht der letzten Nummern einiger bürgerlicher Blätter gerade in die Augen fielen. Wer sich darauf verlegen wollte, systematisch alle diesbezüglichen Nachrichten zu sammeln, der hätte ein tüchtiges Stück Arbeit zu verrichten, wenn er mit dem frommen Eifer des kirchenbauenden Berlins Schritt halten will.

Ein Berliner freisinniges Blatt bemerkt: "Denen, welche meinen, es seien immer noch nicht genug Kirchen in Berlin, empfehlen wir einen Besuch des Kreuzberges. Er wird ja ohnedies nach Inbetriebsetzung des Wassersturzes eine vermehrte Anziehungskraft auf die Spaziergänger ausüben. Von da oben aus kann sich der kirchenbauereifrige Berliner, wenn ihm das Bild, das Berlin vor 5 Jahren bot, noch in Erinnerung ist, eine genaue Vorstellung davon verschaffen, um wie viel sich dieses Bild inzwischen verändert hat. Wir

sind über die Zahl der Kirchturmspitzen nicht genau unterrichtet, aber wir glauben, daß bis zu ihrer Verdoppelung nicht mehr weit ist."

Nach der "Germania" enthalten die mitgetheilten Zahlen "eine dringende Mahnung an die Katholiken im Reich, in ihrem Eifer betreffs Unterstützung der katholischen Glaubensgenossen in der Reichshauptstadt nicht zu erlahmen. Sie haben nicht eine so hohe und mächtige Förderung zur Hebung ihrer Kirchen- und Seelsorgenoth wie die Protestanten, sondern sind auf die eigenen Mittel und die Unterstützung ihrer Glaubensbrüder angewiesen."

Auch eine Illustration zu dem vielbesprochenen Kapitel: "Zeitalter der positiven Sozialreform und des praktischen Christenthums." Man wetteifert in Unternehmungen gegen die sogenannte "Kirchennot." Man baut Kirchen. Sapienti sat!

Ja, ja, man braucht die Kirchen, sie haben für gewisse fromme Leute einen großen sozialpolitischen Zweck. "Die Kirche ist die einzige Macht, die der Sozialdemokratie den Garaus machen kann." — so behaupten fanatische Theologen, und deshalb muß dem Volke "die Religion erhalten" werden. Ergo, braucht man auch Kirchengebäude.

Aber trotzdem, Belakub Sozialdemokratie läßt sich nicht austreiben. Ueber fortwährende "kirchliche Verwahrlosung" jammerte der Bericht, welcher kürzlich einer in Berlin tagenden Kreisynode vorgelegt wurde.

Was die Sozialdemokratie betrifft — so heißt es in dem Bericht — siehe erst, daß trotz aller Kirchenbauten, trotz Stadmission und Gemeindegeldionie, trotz des ausgebreiteten Netzes der Arbeiter der inneren Mission, trotz aller aus dem synodalen kirchlichen Leben entsprungenen Anregungen von einem Umschwung in der Denkweise unserer Arbeiterbevölkerung noch wenig zu merken und die Kirche von dem Ziele, eine Volksschule zu werden, heutzutage weiter entfernt ist, als je." Der Bericht erwähnt dann, daß selbst in die Jugend das "Gift der sozialdemokratischen Anschauungen" dringe.

Na, da baut nur lustig Kirchen weiter, Ihr Frommen! Von glaubwürdiger Seite wird uns zwar mitgeteilt, daß in den "maßgebenden Kreisen" schon öfter der Gedanke erörtert sei, wie man es fertig bringen könne, daß an den Kirchenbauten nur "notorisch religiöse" der Sozialdemokratie abholde Arbeiter beschäftigt werden. Man hat gemeint, es werde am Besten sein, die Unternehmer zu verpflichten, sich über diese Qualifikation "ihrer" am Bau zu beschäftigenden Arbeiter genau zu vergewissern. Das sind wir ja längst gewohnt, daß Unternehmer die Arbeiter durch Unterzeichnung des sogenannten "Arbeitsvertrages" versehen lassen, keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören zu wollen. Eine "glorreiche" Idee, dieser Bestimmung nach hinzuzufügen: "Der Arbeiter versichert, daß er streng religiös ist und verpflichtet sich, zum Beweise dessen alle Sonn- und Feiertage die Kirche zu besuchen und

sich einer diesbezüglichen Kontrolle zu unterwerfen." Zutruauen ist gewissen Leuten solch eine Leistung schon. Das kommt ja schon jetzt häufig genug, das Unternehmer, welche kirchliche Arbeiten übernommen haben, "ihren" Leuten sagen: "Hört mal, laßt Euch doch Sonntags in der Kirche sehen. Ich gebe ja auch hin. Ihr habt ebenfalls ein Interesse daran, daß uns möglichst viel Arbeit zugehendet wird."

Ja wohl! weß' Brot ich ess', deß' Vieh ich singel! Immer häßlich, fromm" und die "Leute" zur "Fremdmitigkeit" angehalten. Das Geschäft bringt's so mit sich! Wir aber denken mit dem Dichter: "Und würdet Ihr verdammteln, Gebenedes Haus in einen Dom Und in jedem walden lassen Die eiserne Biesterkammer, — Ihr bannt damit nicht den hehren Geist, Der aufwärts strebt zum Licht, Des tohlen Steines spotten, wie des Wagnes Wort!"

Wirthschaftlich-soziale Rundschau.

* Zum Schutze der Bauhandwerker. Die Anmeldungen von Berlin von Gewerbetreibenden beim "Deutschen Bunde für Bodenbesitzreform" haben bereits die Höhe von Mk. 2 298 785 erreicht. Dabei sind, wie in verschiedenen Blättern geschrieben wird, trotz der Höhe des vorliegenden Betrages bis jetzt nur von einem kleinen Bruchtheil der Ingeamant in Betracht kommenden Presse Verlautbarungen erfolgt. Unter den angemeldeten Berufen sollen sich mehrere mit Beträgen von Mk. 50 000, einer von Mk. 98 000 und einer von einer Viertel Million befinden. In vielen Fällen ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß man von dem Rechte der Eintragung einer Sicherheitshypothek hinter allen Hypotheken, nach § 979 des Allgemeinen Landrechts Gebrauch gemacht habe, aber ohne jeden Erfolg, da die Baugelder und das Kaufgeld für den Bauplatz voranstanden und die Baugelder stets in voller Höhe als Hypothek eingetragen werden, es auch nur die erste Ratenzahlung geleistet worden ist. So kommt es, daß stets, wenn der Bauhandwerker etwas auf dem Bau geliefert hat, das Geld hinter ihm zufallen kann. Bei der Substitution mitzubieten und die vorangehenden großen Hypothekengläubiger zu befriedigen, ist er meist außer Stande und so fällt er aus. Die Vorbesitzer der Kaufstelle und die Gelbgeber erstehen häufig als Grundbesitzer, das sie nach kurzer Zeit mit Gewinn weiterverkaufen, und — der Handwerker hat das Nachsehen.

* Schutz der Bauhandwerker gegen Denaturierung der Zwangsobligationen. Die bekanntlich vor einiger Zeit der Deutsche Bund für Bodenbesitzreform in einer an den preussischen Justizminister gerichteten Petition gefordert. Der Minister hat darauf folgende Antwort gegeben:

In der mit am 22. März zugegangenen Petition vom 21. Februar d. J., betreffend den Schutz der Bauhandwerker, ist behauptet worden, daß die Verluste, welche die Biederanten und Handwerker während der letzten drei Jahre in Berlin erlitten haben, sich auf 75 Millionen Mark bei 781 zur Zwangsversteigerung gekommenen Grundstücken belaufen. Zur Förderung der vorerwähnten Erwägungen, zu welchen mir die erwähnte Petition Veranlassung gegeben hat, wäre es mir ernstlich, für jene Behauptung einen näheren planmäßigen Nachweis zu erlangen. Auch sonst würde es mir von Interesse sein, wenngstens für die großen Städte der Monarchie statistisches Material zu erhalten, aus dem sich ergibt, in welchem Umfange Biederanten und Handwerker in einer Zeit bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken Verluste erlitten haben und wie groß diese Verluste insbesondere in den Fällen gewesen sind, in welchen von dem Recht auf Eintragung einer Sicherheitshypothek Gebrauch gemacht ist. Falls in dieser Beziehung dem Deutschen Bunde für Bodenbesitzreform Material zur Verfügung steht, oder von

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

Peuleet galt indessen in London immer noch als Ehrenmann, obwohl Wolf, den er als nicht revolutionär genug bekämpfte, ihn einen "Schurken" und "Lumpen" nannte. Peuleet hat seit 1884 den "Rebell" in London herausgegeben; Mitredakteur war der Redakteur Otto Ritzel, geboren 1863 im Posenjense, der seit 1876 in der Schweiz für den Anarchismus agitiert hatte. 1886 veranlaßte Peuleet eine Spaltung unter den Londoner Anarchisten, der Klub "Autonomie" sonderte sich von den anderen anarchischen Klubs ab und gab eine eigene Zeitschrift an Stelle des "Rebell" heraus, die "Autonomie", welche den blutrünstigsten Wölbhörn als "revolutionäre" Gesinnung verkappte.

Die "revolutionäre" Phrase und das scheinbar energische Vorgehen zu Gunsten der Arbeiter führte besonders dem Anarchismus in Amerika von 1881 ab viele Anhänger zu. In Mexiko hatte schon früher eine anarchische Bewegung bestanden, die sich 1879 durch einen Handreich der Stadt Queretaro bemächtigte, aber bald von den Regierungstruppen besetzt wurde. 1880 agitierte der Kaufmann E. R. Atha in Gana, ein ganz gewöhnlicher Hochhändler und Schwindler, in Boston für den Anarchismus und gab 1882 eine Zeitschrift im Geffromat, "The Anarchist", heraus, die aber schon nach der zweiten Nummer einging, da ihr Herausgeber wegen Schwindlerhand verhaftet wurde. Im Juli 1881 erschien in Boston ein anderes anarchisches Journal, "Liberty" (Freiheit), herausgegeben von T. A. D. einer Anhänger Proudhon's. Aber auch dieses gewann wenig Gesinnungsgenossen. Da kam im Herbst 1882 Wolf nach Amerika und entfachte sofort wieder eine lebhaft Agitation; sie war erfolgreich, da die Arbeiter, trotz des freien Wahlrechts machlos waren gegenüber den von den Besitzenden ausgeübten Vertriebsmitteln bei den Wahlen.

Am 14. Oktober 1883 wurde zu Pittsburg ein Kongreß der Sozialrevolutionäre und Anarchisten aus 28 Städten beschickt und eine neue internationale Arbeiter-Assoziation, die "International Working Peoples Association", begründet mit dem Hauptstift in Chicago, wo die regste Arbeiterbewegung

bestand. F. A. Sorge schildert dieselbe folgendermaßen: Die Chicagoer besaßen sich eine gewisse Einseitigkeit der Ansichten und der Taktik, hielten stets enge Fühlung mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitervereinen und stützten sich damit großes Ansehen und Geltung bei der Arbeiterbevölkerung der Stadt, welche sie bei verschiedenen Gelegenheiten sehr wohl auszunutzen verstanden, wodurch sie den bürgerlichen Behörden sehr unbehagen wurden. Unstreifig repräsentierten die Anarchisten während der Jahre 1882—1886 eine respektable Macht in Chicago. Sie hatten eine Reihe von intelligenten, energischen Führern und verfügten über mehrere Presseorgane mit großem Verkreis, vor Allen über die "Arbeiterzeitung", in welcher tüchtige Kräfte alle Fragen von allgemein öffentlichem Interesse sowohl wie von besonderer Bedeutung für die Arbeiter in an- und aufstrebendem Maße behandelten. Der von der amerikanischen Arbeiterbewegung begonnene Achtstundebewegung standen die Führer und die Blätter Anfangs ziemlich kühl gegenüber, aber als dieselbe immer mächtiger anschloß, schwicerten sie kluger Weise ein und erlangten die Führung derselben in Chicago, dessen Beispiel stark einwirkte auf viele Städte des Westens.

Dieser Kampf um den Achtstundentag war den Kapitalisten Chicago's ein Dorn im Auge; die Achtstunden-Assoziation, die im November 1885 dort begründet wurde, sprach ja in ihrem Programm aus, daß sie die Verkürzung der Arbeitszeit erstrebe, um für die beschäftigungslosen Arbeiter Beschäftigung zu ermöglichen, dadurch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander zu verringern und insoweit die Löhne zum Steigen zu bringen. Seit Oktober 1883 bestand außerdem die "Internationale Arbeiter-Assoziation" in Pittsburg. Diese Organisation erklärte, daß die Bestmethode die Arbeiterbewegung ihrem Ziele nicht näher bringe, sondern eine gewaltsame Revolution notwendig sei. Die "Arbeiterzeitung", der "Borbot" und die "Fackel" waren ihre Organe unter den Deutschen, und im Oktober 1884 wurde der "Alarm" als englisches Organ der anarchischen Internationale begründet. Massenversammlungen unter freiem Himmel wurden abgehalten, die Feler des 1. Mai für 1886 in unpassender Weise vorbereitete.

Inzwischen war am 16. Februar 1888 in der Ackerbau-Gewerkschaftsabrik von Mc. Cormick in Chicago Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgebrochen, 1200 Mann wurden

sofort auf's Pfahler gesetzt; in die Versammlungen der Ausgesperrten drangen bewaffnete Winkertoner, indessen die Arbeiter zu Boden oder schliefen sie in die Gefängnisse. Diese allzähligen blutigen Szenen erregten selbstverständlich die Gemüther aller Arbeiter in Chicago und trugen dazu bei, daß sich aller Augen auf die Achtstundebewegung und den allgemeinen Streik richteten. Am Sonntag vor dem 1. Mai hielt die Central Labor Union (Central-Arbeiter-Vereinigung) von Chicago eine Versammlung ab, an der 25 000 Personen theilnahmen. Spies, Parsons, Frieden und Schwab waren die Hauptredner. Am 1. Mai legten mehr als 25 000 Arbeiter ihre Werkzeuge nieder und verlangten die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Bald folgte die Zahl der Ausständigen auf das Doppelte. Die Kapitalisten suchten nun, Kraxalle zu probieren; die "Winkertoner" schossen am 3. Mai auf Ausständige, welche verhinberten, daß Streikbrecher bei Mc. Cormick zu arbeiten begannen. Um gegen diesen mörderischen Polizeiangriff zu protestieren, wurde am 4. Mai eine Versammlung auf dem Hauptmarkt einberufen. Der Anarchist Spies hatte ein Ritual verfaßt, das die Arbeiter zu den Waffen rief; in demselben heißt es: "Macht Arbeiter, zu den Waffen! Eure Herren haben ihre Wuthunns, die Polizei, ausgeschickt. Diese haben heute Nachmittag vor Mc. Cormick's Fabrik sechs Eurer Brüder getödtet. — Zu den Waffen! Mä rufen Euch zu den Waffen!"

Die Versammlung fand Abends 8 Uhr auf dem Hauptmarkt statt, kaum 200 Arbeiter hatten sich eingefunden, die Anarchisten Spies und Parsons blieben, wie gerichtlich ausgegeben wurde, sehr "ruhig" Neben: plötzlich marſchirten gegen 100 Polizisten auf die Versammlung zu, der Kapitän rief: "Im Namen des Volkes des Staates Illinois befehle ich dieser Versammlung, sich aufzulösen!" In diesem Augenblick ward eine Bombe geschleudert;

Der Kapitän Winkerton hatte eine Privatpolizei begründet, die nach ihm benannt wurde. Er nahm das rothe und erbsenfarbige Geſindel in Dienst, bewaffnete es und stellte es den Fabrikanten gegen gute Bezahlung zur Verfügung, um die Arbeiter zu bekämpfen. 1898 kam es zu vollständigen Schlägen zwischen Winkerton und ausgesperrten Arbeitern der Eisenwerke von Carrigier, Phillips & Co. in Homestead (Pohennsland), Pennsylvanien.

ihm beschafft werden kann, stelle ich ergebenst anheim, mir dasselbe zugänglich zu machen. Der Justizminister geg. v. Schelling.

Diese Antwort beschloß am 21. Juni eine allgemeine Handwerkerversammlung in Berlin. Aus den Verhandlungen hebt sich folgendes hervor:

Stellungsnehmer Boller schilderte die Kalamitäten, in welche strebsame und fleißige Handwerker oftmals gerathen, wenn uneheliche Geliebter an den Bauten theilhaftig sind. Der eheliche Handwerker müsse dann mit seiner Familie hungern und es ergehe ihm schlechter, als dem „gewöhnlichen“ Arbeiter, dann kann ihn wohl Verzweiflung erfassen, wie dies bei Seeger der Fall gewesen, oder er müsse es machen wie die großen und angesehenen Geliebter und selbst ein Betrüger werden, um wieder zu dem zu kommen, was man ihm genommen. Nicht minder treffe die Schuld der Baumeister, die großen Geliebtheiten seien die Schuldigen. Obermeister der Dachdecker-Zunftung schloß sich diesen Ausführungen im Wesentlichen an. — An der Diskussion theilhaftig sich weiter der Amtsrichter Hausdorff, Rechtsanwalt Dr. Erdmann und Magistratssekretär Cuno (Vorstand beim Gewerbeamt). Begier ergriffte die Versammlung, im ersten Interesse der Handwerker, den Minister mit schriftlichem Material versehen zu wollen. Er habe jetzt beim Gewerbeamt fast ausschließlich mit Baumeistern zu thun, nicht mit Arbeitern. Eine Statistik aber, wie der Herr Minister sie wünscht, bestesse in Berlin nicht und deshalb wüßte eine solche schon von den Handwerksvereinen selbst gemacht werden. Kleinermann empfahl einen Antrag und eine Audienz beim Kaiser nachzugehen, um denselben über die Verhältnisse im Handwerke anzuklären und um seinen Schutz zu bitten. Es sei so weit gekommen, meinte der Redner unter Schlußworten, Zwischensätzen und Gelächter, daß auch die Handwerker wie die Arbeiterlosen einen Tag arbeitslos zu sein und die Handwerker veranlassen müßten, damit man das Land derselben auf den Straßen sehe. — Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Resolutionen:

1. „Etwas 1800 deutsche Handwerker aller Parteien, die heute in Kellere's Institut versammelt sind, sprechen ihr volles Einverständnis mit dem bisherigen Vorgehen des Deutschen Bundes für Bodenreform in der Handwerkerfrage aus. Sie fordern die Regierung auf das Dringendste auf, endlich der ehrlichen Arbeit ihr Recht zu geben.“

2. Die Versammlung beauftragt den Bundesvorstand, an die Gewerbeverwaltung des Magistrats das Ersuchen zu richten, im Interesse des Handwerks die Unterlagen durch Umfrage zu beschaffen, die der Herr Justizminister v. Schelling in dem heute verlesenen Schreiben als Material für die Gesetzgebung gewähnt hat.“

Der neue Plan zur Organisation des Handwerks soll, wie die „Vaugewerks-Zeitung“ berichtet, bis zum Herbst d. J. beendet sein. Die Innungen sollen im Wesentlichen unberührt bleiben, die Einführung eines „Besetzungsrechts“ aber keine Aussicht haben. Die nicht den Innungen angehörenden Handwerker werden zum Eintritt in die Innungen gezwungen, deren Aufgaben in der Regelung des Lehrlingswesens, Förderung für das Fortgeschulung, Erhaltung von Fachschulen zu bestehen sollen. Ferner sollen Geschäftsstellen eingeführt werden. Die gemeinsame Vertretung für Innungen und Nicht-Innungshandwerker, der die Pflege der gemeinsamen Interessen des Kleinhandwerks, die Beschäftigung der Innungen und der Fachgenossenschaften, die Erhaltung von Gutachten an die Behörden obliegt, ist die Handwerkerkammer. Ihre Mitglieder werden in gleicher Weise von den Innungen und Fachgenossenschaften gewählt. Ein Regierungskommissar wohnt den Sitzungen der Kammer bei. Die Führung des Meistertitels wird erlangt durch Ablegung einer Gesellen- und Meisterprüfung vor einer Innung oder einer Fachgenossenschaft.

Die „Vaugewerks-Zeitung“ bemerkt dazu: Demnach scheint es, als wenn man doch wieder zwei Organisationen beibehalten will, die sich dann gegenseitig Konkurrenz machen. Im übrigen scheinen auch die sonstigen Wünsche der Handwerkervereinigungen keine Berücksichtigung zu finden.

Die Neuorganisation des Handwerks. Die von uns weitergegebenen Mittheilungen der „Vaugewerks-Zeitung“ über die geplante Neuorganisation für das deutsche Handwerk sind dahin zu ergänzen, daß aus dem vorjährigen Entwurf die

Bestimmung übernommen werden soll, wonach alle Gewerbebetriebe, die nicht mindestens regelmäßig zwanzig Arbeiter beschäftigen, der neuen Organisation für das Handwerk angehören. Da es indessen einige industrielle Betriebe gibt, die ebenfalls durchschnittlich weniger als 20 Arbeiter beschäftigen, wie die Holzindustrie und die chemische Industrie, und da diese Industrien in die Handwerksorganisation einbezogen werden sollen, so wird die betreffende Bestimmung diesmal genauer gefaßt werden. Auch sonst sollen die von sachverständiger Seite gegen den vorjährigen Entwurf erhobenen Einwendungen und Bedenken thunlich berücksichtigt werden. Mit der Ausarbeitung des neuen Entwurfs ist wieder das preussische Handelsministerium betraut worden. Daß der neue Entwurf nach seiner Fertigstellung der Beurtheilung der Sachtreue unterbreitet werden wird, ist um so wahrscheinlicher, als es sich nicht um eine Umarbeitung des früheren Entwurfs auf Grund der erhaltenen Gutachten, sondern um einen völlig neuen Plan auf neuer Grundlage handelt.

Gegen den neuen Entwurf nimmt bereits die „Allg. Handwerker-Zeitung“ Stellung, indem sie mittheilt, daß sich bereits in Handwerkskreisen eine lebhafte Antipathie dagegen bemerkbar gemacht, da eine „durchaus getrennte Organisation für die Innungen und Nicht-Innungshandwerker“ vorgeschlagen werden soll. Aus diesem Grunde werde man von Seiten der Handwerker auch dem neuen Entwurf nicht zustimmen, dann habe man wieder wie bei den ersten Vorschlägen zwei getrennte Organisationen, die einander nur bekämpfen könnten. Das Handwerk wolle nur eine Organisation.

Die Arbeitgeber zu Gewerbegerichtswahlern „arbeiten“. In einem Blicke, das ein Arbeitgeber-Comité zu Berlin verfaßt hat, heißt es nach Aufzählung der dem Gewerbeamt zuzustehenden Aufgaben: „Diese wichtigen Befugnisse machen die Wahl gerechter, unparteiischer, nicht sozialdemokratischer Tendenzen zu neigender Gewerbeämter dringend notwendig.“

Will vielleicht das Arbeitgeber-Comité damit sagen, daß die von der Arbeiterkammer mit Vorschlag entgegengekommenen Urtheile des Gewerbeamtes, durch welche jene modernen Schlußfolgerungen am Tragen gepakt wurden, die durch Vorsehung von Kolonnenführern zu den Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn betrogen wollten, nicht von gerechten Richtern geschildert werden?

Neue verpölnische Bestimmungen sind in Braunshweig auf Grund des vorjährigen Vergleches mit ministerieller Genehmigung erlassen worden. Die 70 Paragraphen enthalten folgende Bestimmungen: 1. Säug der Oberklasse, 2. Sicherung der Grundbesitzer, 3. Förderung, 4. Fahrung, 5. Weiterführung und Beleuchtung, 6. Schiffsahrt, 7. Sonstige Arbeiten, 8. Arbeiter, 9. Marktgeheimnisse, 10. Schulbestimmungen. Nebenregelungen der erlassenen Vorschriften werden mit Geldbuße bis 300 bestraft. Braunkohle darf bei unterirdischem Abbau nur bis zu einer Mächtigkeit von 6 Metern auf einmal gewonnen werden. Der Abbau der Kali- und Magnesialauge darf nur in der Weise erfolgen, daß die abgetauenen Räume vollständig verjert werden. Dabei muß der Verfall dem Abbau in kürzester Frist folgen, so daß die Salzflöße und Salzlösungen nicht länger als sechs Monate der Verwitterung ausgesetzt sind. Hinsichtlich der Aufbewahrung und der Verwendung von Sprengstoffen sind peinlichste Sicherheitsvorschriften vorgeschrieben, und als Bergarbeiter dürfen nur Personen beschäftigt werden, die nach ärztlichen Zeugnisse für körperlich und geistig geeignet sind, die leicht Anlaß zu Unfällen geben können, nicht beohafet und dem Trunke nicht ergeben sind. Infolge des Erlasses der neuen Bergpolizeilichen Vorschriften erlischt die Gültigkeit der 1874er Verordnung, betr. die Schieferarbeit beim Bergbau.

Die Beschäftigung der Gesangenen für den Bedarf der Anstaltsbeamten betreffend, haben die preussischen Minister der Justiz und des Innern folgende gegen die früheren verstärkten Bestimmungen erlassen: Gesangene dürfen zum Anfertigen von Schneider- und Schuhmacherarbeiten für die Beamten und ihre Familienmitglieder gegen einen Lohn von 40 A für den Arbeitstag mit einem Zuschlag von 10 A für Anmietung der Arbeitsgeräte und für seine Ausgaben benutzt werden. Die Berechnung findet nicht unter einem halben Arbeitstage statt. Zur Ausführung von Arbeiten in den Dienst-

gärten, zum Holzspalten und zum Abtragen von Feuerungsmaterialien dürfen die Gesangenen ebenfalls gegen 40 A Lohn beschäftigt werden, wobei die Berechnung nur nach ganzen Tagen stattfindet. Endlich können die Gesangenen zu kleinen Ausbesserungen der Haus- und Gartengeräthe, aber nicht zu deren Reanfertigung gegen 80 A Lohn und 20 A Abmünnungsgebühr beschäftigt werden.

Jebe arbeitssparende Erfindung bildet für die Arbeiter eine neue Quelle des Lebens. Das zeigte sich kürzlich wieder in der Dunderofen von Stettin in Berlin, allwo kürzlich neue Druckmaschinen in Betrieb gesetzt worden sind, welche die gesagten Drogen automatisch färbt und windeleht übereinander schiebt und gleichzeitig zu je 60 Stück abgibt. Infolge der Einführung dieser Maschinen konnten am Sonnabend vor Woche 48 Arbeiterinnen, die bisher zur Berechtigung dieser Arbeiten erforderlich waren, entlassen und damit dem Hunger überantwortet werden. Als arbeitssparend kann auch eine Erfindung bezeichnet werden, welche es möglich macht, den Betriebswaggon die Drahterarbe mittels Pumpwerk aus Bottichen zuzuführen, die in einem Nebenraum aufgestellt sind. Ist der Farbenbottich beinahe leer, so ertönt ein Glockensignal zum Zeichen, daß eine neue Füllung bewerkstelligt werden muß.

Erdwärt sei ferner, daß kürzlich ein sogenanntes Horizontalwerk zur Bearbeitung von großen und größten Dampfmaschinen-Abtheilern konstruirt worden ist, welches bei einer einmaligen Aufspannung des Dampfzylinders es ermöglicht, denselben gleichzeitig zu bohren, an den Enden zu bohren und die Flächen für die Dampfzylinder zu hobeln. Eine derartige Arbeit, zu der bisher vier Wochen nötig waren, kann mit Hilfe dieser Erfindung in ein paar Tagen weit früher als früher vollführt werden. Wer da weiß, wie schwierig das Auf- und Umspannen so großer Werkstücke ist, wird die enorme Bedeutung dieser Erfindung würdigen können.

Den Segen dieser sich immer zahlreicher vollziehenden Umwälzung in der Produktion heilmt in der heutigen vernunftvollen Gesellschaftsorganisation einzig der Unternehmer ein. Dem Arbeiter wird die Maschine zum Fluch. Erst in der sich vorbereitenden auf sozialistischer Grundlage beruhenden Gesellschaft wird die Revolution in der Technik sich zum Segen für die Gesamtheit gestalten.

Bekämpfung der Proletarierkrankheit. — Aus Albed wird geschrieben:

Die sanitätsärztliche und Invaliditäts-Versicherungsanstalt macht sich sehr verdient um die Bekämpfung der schlimmsten Feinde, das körperliche Wohl des Arbeiters an dem hat, der Dungen schwindet, die nirgends so verbreitet als in der Arbeiterklasse ist. Wie berichtet unlängst von der Arbeit der hier domizilirenden Anstalt, im Jahr ein großes Sanatorium für brustkranken Arbeiter des hiesigen Verwaltungsbereiches zu errichten. Namentlich hat die Anstalt allen Krankenkassen ihres Bezirkes bestimmte Vorschläge zum gemeinsamen Vorgehen gemacht und ersuchenweise begangen diese Vorschläge sowohl bei den freien Hilfskassen als auch bei den Dritte- und Betriebskassen großer Sympathie.

Auch unsere vollste Sympathie hat diese Einrichtung, für deren allgemine Durchführung wir schon vor Jahren eingetreten sind. Aber es genügt uns nicht, daß die Lungenschwindsucht als schlimmster Feind des körperlichen Wohles der Arbeiter anerkannt wird. Diese furchtbare Krankheit, welche ärger als irgend eine Epidemie wüthet, ist die Folge des übertrieben kapitalistischen Ausbeutens, in Verbindung mit Unwissenheit und Gleichgültigkeit, sind die wichtigste sozial-ökologischen Faktoren, welche die Krankheit verursachen und die erfolgreichste Ausbreitung bringen. Nicht mit Unrecht nennt man sie die „Krankheit der Proletarier“. Es genügt nicht, den von ihr Befallenen die Wohlthat entsprechender Pflege zu gewähren. So wie der Arbeiter aus dem Sanatorium entlassen wird, tritt er wieder ein in den Kreis all seiner krankheitsverursachenden, Ungleich wichtiger noch ist, diese Ursachen energetisch zu bekämpfen und zu beseitigen, der Arbeiterklasse ein wirklich menschenwürdiges Dasein unter gebührender Berücksichtigung aller Bedingungen körperlichen und geistigen Wohles zu verschaffen. Wer das will, der hat die Sozialdemokratie in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

die verwundete 60 und löbte 7 Pöhlern, die zum Theil auch durch Revolvergeschosse getroffen wurden, die direkt von der Polizei ausgingen, welche auf die Versammlung schloß.

In den nächsten Tagen wurde Weber, der mit der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ auch nur einseitig etwas zu thun hatte, verhaftet, eingeliefert und auf Rückkauflosigkeit eingeschickert. Es herrschte während des ganzen Monats Mai eine wahre Schreckensherrschaft in Chicago. Eine große Zahl von Verhaftungen fand statt. Gestandnisse wurden in der brutalsten Weise erzwungen, und schließlich wurde gegen Spies, Fiedler, Parsons, Schwab, Engel, Ring, Fischer und Rebeber die Anklage auf Mord erhoben, die im Laufe des

Prozesses, als die Staatsanwaltschaft sah, daß sie damit keine Verurteilung erreichen werde, umgewandelt wurde in eine Anklage auf Verführung zur Ermordung von Politikern. Von diesen Angeklagten waren zur Zeit der Explosion der Bombe nur Spies und Fiedler auf dem Seemannsplatz; Fischer und Parsons hatten die Versammlung bereits verlassen und Schwab, Engel, Ring und Rebeber gar nicht an derselben theilgenommen. Parsons hatte seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 6 und 7 Jahren mit in die Versammlung genommen — ein Beweis, wie wenig dieser „Beschwoerer“ an den Ausbruch der Unruhen dachte.

Die Anklage wollte Blut um Blut; sie wollte eine Verurteilung um jeden Preis. Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgedrängt werden,“ rief der Staatsanwalt Grinnell aus. Rebebe wurde zu 16 Jahren Zuchthaus, die anderen sieben Angeklagten wurden von den Geschworenen zum Tode durch den Strang verurtheilt. Alle Bemühungen, den Gouverneur Oglesby zu bewegen, allen Verurtheilten das Leben zu schenken, waren vergeblich. Petitionen mit hunderten Tausenden von Unterschriften erbat das Leben der Verurtheilten. Im Namen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiter richteten die sozialdemokratischen Abgeordneten Weidner, Willenberger und Singer ein Telegramm an den Gouverneur und baten, obwohl Gegner der Anarchisten, im letzten Augenblick im Namen der Menschlichkeit um Schonung des Lebens der Verurtheilten. Vergeblich! Nur Fiedler und Schwab wurden verurtheilt — zu lebenslänglichem Kerker.

Am Morgen des 10. November zerschmetterte sich Ring den Kopf mit einer Patrone, die er in den Mund nahm und an einer Kette anhängte. Schrecklich verblüht mußte er sich noch bis 2 Uhr Nachmittags quälen, ehe er starb. Am 11. November 1886 wurden Spies, Fischer, Engel und Parsons

gehängt; sie starben muthig; wiederholt hatten sie versichert, daß sie mit dem Bombenmessen nichts zu thun hätten. Unter der Theilnahme des arbeitenden Volkes von Chicago wurden die vier Märtyrer der Arbeiterbewegung begnadigt und auf dem Kirchhof Waldheim beerdigt.

Nach dem Prozeß beschwor die Schwester des Anarchisten Waller, der mit angeklagt gewesen war, daß ihr Bruder von der Polizei zu seinen Aussagen verleitet worden sei, von dieser Geld erhalten habe und schließlich mit noch 1000 Dollars nach Deutschland geschickt wurde, wobei er von dem Polizeikapitän den Auftrag erhielt, seinen Namen in Miller umzuändern; er wohnte seitdem in Hamburg unter dem Namen Miller. Fiedler, Schwab und Rebebe blieben im Zuchthaus, die Kapitalistenpresse aller Länder benützte jede Gelegenheit, um auf die „Mörderbande“ zu schimpfen und das Bombenattentat als ein Verbrechen der Arbeiter hinzustellen. Da brachte der Telegraph am 25. Juni 1893 aus Chicago die Kunde: Heute, am Tage der Entfaltung eines Denkmals für die Hingerichteten auf dem Begräbnisplatz in Waldheim hat der jetzige Gouverneur des Staates Illinois, J. P. Altgeld, nach eingehendem Studium der Prozesakten erklärt, der Prozeß sei eine abgekartete Sache der Kapitalisten gewesen, um die Arbeiterbewegung zu vereiteln, gegen die Hingerichteten sei ein Justizmord begangen. Fiedler, Schwab und Rebebe wurden durch den Gouverneur Altgeld sofort in Freiheit gesetzt, da sie bei dem Bombenwurf nicht theilhaftig waren.

Altgeld, der schon vor dem Bombenattentat eine Anklage erhalten hatte, wurde 1886 in Newyork zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Pankert benützte das Chicagoer Attentat, um in London zur Nachahmung aufzufordern. Inzwischen waren die Loschpigel sehr eifrig in die Welt eifrig, 1887 kam es zum Prozeß zu Wons, bei dem nachgewiesen wurde, daß es ministeriell und politisch angelegte Loschpigel waren, welche sowohl mit Dynamitbomben, als mit Brandbrennen und Verschönerungen den Staat gerettet hatten. Es zeigte sich, daß die Anwendung von Loschpigel bereits zu einer internationalen Staatseinstellung und die Aufregung zu Gewaltthaten ein lohnender Erwerbszweig für eine ganze Anzahl Lumpen geworden war. (Fortsetzung folgt.)

*) August Spies, geboren 1865 zu Friedewalde in Slesien, Sohn eines tüchtigen Försters, besuchte Gymnasium und Polytechnikum in Kassel, wurde schon mit 16 Jahren Geometer, wanderte 1872 nach Amerika aus, schloß sich 1877 der Arbeiterbewegung an, wurde 1889 Geschäftsführer der „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“, schloß sich der Wolligen Richtung an, bestürmte 1882 auf dem „Kongreß der Revolutionäre“ in Pittsburg die „Propaganda der That“ und nannte sich Anarchist. — Albert H. Parsons, 1848 in Montgomery (Alabama) geboren, war Schiffseher, machte den Südafrikanerkrieg von 1861 bis 1865 mit, trat dann für die Negere ein, kam 1878 nach Chicago als Seher, war erst Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei, seit 1876 Redakteur des anarchischen „Alarm“. — Adolf Fischer, geboren 1861 in Bremen, kam 1876 nach Amerika, wurde Schiffseher, gehörte zuerst der sozialistischen, dann der anarchischen Partei an. — Georg Engel, geboren 1886 in Kassel als Sohn eines armen Maurers, wurde Malergeselle, wanderte 1872 nach Amerika aus und schloß sich dort der anarchischen Partei an. — Samuel Fiedler, geboren 1847 in England, Sohn eines Webermeister-Vorführers, arbeitete als Spinner, wurde Webermeister, 1868 in Amerika Freiwerker, lebte in Chicago als Schuhmacher. — Wilhelm Schwab, geboren 1853 in Klippen in Bayern, besuchte die lateinische Schule, wurde Buchbinderlehre. Die Berichte über den Prozeß in Leipzig machten ihn zum Sozialisten. 1879 wanderte er nach Amerika aus, 1882 wurde er Anarchist. — Louis Ring, geboren

1864 in Mannheim als Kind sehr armer Leute, wurde Zimmermann, in Wien Anarchist, kam 1885 nach Chicago und trat dort sofort als anarchischer Agitator auf. — Peter Rebebe, geboren 1849 in Newyork, lernte die Klempererei, wurde 1870 Sozialist, später ein „Roboter“, als er sah, daß die korrupte Wahlmethode der Politiker seinen Hindernis würden, durch den Stimmkasten unser Ziel zu erreichen.

gehend, den Bierhohof mit aller Kraft fortzusetzen und Alles aufzubieten, um ihn in immer weitere Kreise zu tragen.

Der bisherige Verlauf des Böhofes hat gezeigt, daß ein großer Theil der Bierhohof durch Wohlwundersungen des Brauerzuges veranlaßt, seine Aße gekürzt hat, während die andere Bierhohof, trotz der Versicherung, kein böhofliches Bier zu kühlen, dies dennoch unter Anwendung der raffiniertesten, oft wenig ersparlichen Mittel weiter thut.

Da die Arbeiterkraft jedoch kein Mittel hat, sich vor solchen Betrügereien zu schützen, müssen die Sachverhalte zur Klärung gebracht werden, daß sie aus dem Widerstande der Interessenten, in den sie der Kampf der Arbeiterkraft von Berlin und Umgebung gegen den Brauerzug gebracht hat, nicht anders herauskommen, als indem sie jede Beziehung mit den Ringbrauereien aufgeben.

Es ist entschlossen, in dem der Berliner Arbeiterkraft aufgedrungenen Kampf alle Mittel zur Anwendung zu bringen, erachtet es die Verammlung der Arbeiterkraft von Berlin und Umgebung über sämtliche Ringbrauereien zu verhängen und fordert die Arbeiter von Berlin und Umgebung auf, diesem Beschluß volle Geltung zu verschaffen.

2. Um den Böhof nach allen Richtungen hin wirksam zu gestalten, empfiehlt die Verammlung der Arbeiterkraft Berlin und Umgebung, in den Lokalen, in denen Bier aus Ringbrauereien geschänkt wird, feinerlechte oder Vergünstigungen zu veranstalten, sowie die hierzu etwa bereits getroffenen Vereinbarungen möglichst rückgängig zu machen.

Die Arbeiterkraft Berlin hat damit ihr Urtheil gesprochen über die verächtlichen Machenschaften der Brauerzuges und deren Helfershelfer. Kein Mittel war den Herren von der Ringbrauerei und ihren hohen und niederen Gönnern so schlecht geworden, um den gar zu empfindlich wütenden Böhof zu nichte zu machen, keine Aße, keine Verleumdung wurde gescheut, um die Arbeiterkraft in den Augen des Böhofers herabzusetzen, kein Mittel war der gegnerischen Presse so schlecht, um den Böhofeband zu verdunkeln, um die brutale Maßregelung der zwanzig Prozent Brauerarbeiter zu beschönigen. Und das Resultat? Soweit die Gegner, die Brauerzuges in Frage kommen, eine stillschweigende Anknüpfung nach der anderen, um die fiebern erregenden Streiks, die von der für ihre gerechte Sache kämpfenden Arbeiterkraft gefüllt wurden, zu verjähern. Auf Seiten der Arbeiterkraft dagegen heute noch, wie vor zwei Monaten, dieselbe Kampfeslust, dieselbe Disziplin, dieselbe Entschlossenheit, den Gegner zu bezwingen.

Leistungskriterium der Arbeiterkraft. In Berlin hatte ein Arbeiter, der die Brauerarbeiten auf einem Neubau der Wallstraße leitete, wiederum die von seinem Vorgesetzten empfangenen Arbeitsergebnisse nicht so recht zufriedenstellend, sie nicht vollständig ausgeführt und dadurch auf dem Bau oft erregte Szenen herbeigeführt. Am vorletzten Sonntag zahlte er die schon etwas früher ihm ausgegebenen Löhne von zusammen etwa 600. Insgesamt nicht aus, und es ergab sich schließlich, daß er die ganze Summe bereits für sich verwendet hatte. Diesmal ist es nicht, wie früher, bei einem einfachen Wortwechsel zwischen ihm und den Brauereimännern, vielmehr warfen sich die Letzteren, 15 an der Zahl, über ihn her und Lynchten ihn dermaßen, daß er ohnmächtig auf dem Bau liegen blieb und später von dort nach Hause geschafft werden mußte.

Bauarbeiterschutz in Danzig. Erstlichweise mehren sich die Schutzmaßnahmen totaler Verbände, welche im Interesse der außerordentlich schwebelährlichen Bauarbeiter erlassen werden. Bei der Unmöglichkeit der Berufsvereinigungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung, namentlich auch im Bauwesen, müssen die totalen und provinzialen Verbände eingreifen, so lange nicht durch reichs- und landesgesetzliche Vorschriften mehr Ordnung geschaffen ist. So befindet sich jetzt eine neue Polizeiverordnung für Danzig, daß Arbeiter in Räumen, insbesondere in Neubauten, welche unter Benutzung offener Abrie mit Kohleheizung ausgestattet werden, nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn erstens die Feuerung mit Einrichtungen versehen ist, welche die Verbrennungsprodukte des Heizmaterials nicht in die Räume selbst, sondern nach außen führen; zweitens wenn die Temperatur in den Räumen 20° C. (68° F.) nicht übersteigt. Das ist wenigstens ein kleiner Fortschritt in der Gesundheitspflege zu Gunsten der Bauarbeiter.

Bei der Frankfurter Polizeiverordnung vom 13. Februar d. J. (S. 11) ist das Anstellen offener Kohleherde in benutzten Räumen, in welchen gearbeitet wird, unzulässig, in anderen Räumen kann es von der Baupolizeibehörde untersagt werden. In Hannover positionierten die Bauarbeiter bisher vergeblich beim Regierungspräsidenten um ähnliche Schutzbestimmungen.

Die Opfer (Gegner) und Berufsvereinigungen (Biegeleiarbeiter) aller Länder wenden sich das Zentralcomité der Opfer und Berufsvereinigungen Deutschlands mit dem Hinweis, die internationalen Beziehungen mehr als sonst zu pflegen und eine rege Information über die Zustände im Gewerbe eintreten zu lassen. Weiter wird über den Stand der Organisation mitgeteilt, daß der Verband der Opfer und Berufsvereinigungen Deutschlands durch den Anschluß der Biegeleiarbeiter eine Erweiterung erfahren hat. Als demnach zu bearbeitendes Feld schlägt das Comité vor:

Für Berlin: Gesetzliche Regelung bezw. strengere Überwachung der Werkstattanlagen und im Speziellen der Schweißbrenner. Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter, Beschränkung und Frauen in den Kesselgeschäften, beim Heizen und in den Maschinenräumen. Beschaffung der notwendigen Schutzmittel, wie Respiratoren u. in den letztgenannten Betrieben.

Für Bauten: Die Fenster- und Kohleherdefrage. Schutz gegen August bei Wechsel der Arbeiter. Gesetzlicher Zwang hinsichtlich der Beschaffung von Gerüstgeräten. Schutz gegen unethische Steuererhebung durch Baubehörden.

Damit aber die Kommission den Gesetzgeber auf die Gefahren aufmerksam machen kann, welche die bisherige Wirtschaftsweise auf das Leben und die Gesundheit aller darin Beschäftigten ausübt, um unseren Forderungen größeren Nachdruck geben zu können, wenden wir uns hiermit an die Kollegen, Vereine und Krankenkassen Deutschlands mit der Bitte, uns nach besten Kräften mit allem darauf Bezug habenden Material unterstützen zu wollen. Die Kollegen werden ersucht, allen Ungerechtigkeiten und Kränklichkeiten, deren Ursprung aus den angeführten Verhältnissen nachweisbar, mehr Aufmerksamkeit als bisher zuwenden, sowie alle Vorkommnisse der internationalen Kommission mitzutheilen. Alle Anfragen sind zu richten an: Carl S. J. J. Opfer, Berlin N., Fußsteinstr. 44, v. I.

In nicht beneidenswerther Lage — schreibt unser Bruderorgan, die „Wann. Volksstimme“ — befinden sich die Bedarbeiter solcher Holzungen, die viel mit Fortschritten aus der- und Fortschritten zu rechnen haben. Ein jeder der Arbeiter möchte sich am schnellsten bedient sehen, was oft beim besten Willen aus reaktionellen und leidenschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Die daraus entstehenden Verlegenheiten sind aber noch die geringsten im Vergleich zu denen, die einem Bedarbeiter aus der Bearbeitung des eingeschobenen Stoffes erwachsen. Die p. t. Herren Mitarbeiter haben meistens die Schwäche an sich, ihre Kräfte oder Kräfte so verwerflich setzen zu wollen, wie sie eingeschoben werden. Das ist nun vielfach aus dummerlei Gründen nicht angängig, wird aber dann zur letzten Umgehungsfrist, wenn der Einförder nicht die erforderliche Bewandlung im Sinne, welche nicht einmal die einschüchtern Regeln der Grammatik beherrscht, was ja entschuldlicher Weise bei manchen Korrespondenten aus Arbeiter- und aus anderen Kreisen zutrifft. Da muß denn der Bedarbeiter nachsehen, die richtigen Stellen abschließen und den ganzen Aufbau in ein richtiges Geleite bringen. Gerade bei dieser Gattung nicht angenehmen Arbeit aber erntet er den meisten Lohnt und zieht sich den Groß seiner vereinigten Mitarbeiter zu, die partout nicht begreifen wollen, warum dieser oder jener Satz gestrichen oder nicht in der niedrigeren Form erschieben. Der Bedarbeiter hat seinen Artikel verprügelt, heißt es dann ingrimmig, ohne das man bedenkt, daß der vielgeschmähte Mann erst etwas Brauchbares aus dem ganzen Rudelmüßel gemacht. Hat man es mit vernünftigen, einsichtsvollen Korrespondenten zu thun, so verständigt man sich leicht; der Bedarbeiter weiß nur zu genau, daß der Schreiber der fehler- und mangelhaften Aufsätze in den meisten Fällen keine Schuld an seiner lächerlichen Schreibweise trägt, er weiß, daß das in dem verkehrten System unseres Unterrichts wegens liegt. Nichts wissen ist noch keine Sünde für den, der sich bemüht, etwas zu lernen und die Fehler seiner Jugendbildung gut zu machen sucht, dabei bescheiden ist und Belehrung von denjenigen Leuten annimmt, die das zu Erlernende schon verstehen; aber nicht wissen, nichts können und nichts lernen wollen und dabei groß und unerschrocken sein, ist eine Eigenschaft, die auch dann nicht schon genannt werden kann, wenn man sie als Arbeiter eines Arbeiterbundes gegenüber ausübt. Die beste Art für solche Leute wäre, sie einmal nur acht Tage lang selbst in das Geschir eines Bedarbeiters zu spannen, das würde sie sicher kurieren. Leider ist das aber nicht angängig.

Die Zentralvereine verbunden mit einem Arbeitsnachweis, ist am 12. Juli von dem Gewerkschafts-Erweiterer erachtet worden. Das Wort ist im „Deutschen Arbeiter“ Große Kräfte. Die Herberge wird von der ständigen Gewerkschaftskommission kontrolliert.

Bei der Gewerbevereinstellung in fünfzehn Tagen wurden sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt, und zwar die für die Arbeiterabteilung einstimmig, die für die Unternehmerabteilung mit 16 von 21 Stimmen. Zugezogen waren die Parteigenossen Johann Bittel und Karl Weigel als Arbeitervertreter, Wilhelm Engel und Fr. Knoche als Vertreter der Unternehmer.

Die Errichtung von Gewerbevereinstellungen hat das Leipziger Gewerbevereinstellungsamt für die Dörfer Leutzsch, Wahren, Schönefeld, Baumdorf, Stöblich und Gausch beantragt.

Die Tätigkeit des Dresdener Gewerbevereinstellungsamtes im Jahre 1893 bereist wiederum, wie sehr notwendig diese Einrichtung war, die es gestattet, daß Arbeiter über Arbeiterangelegenheiten selbst abzurufen haben. Die Gesamtzahl der im Jahre 1893 anhängig gemachte Klagen betrug 1833 gegen 1884 im Vorjahre; zu den 1833 Klagen kommen noch 56, die von Vorjahre zur Erledigung zu bringen waren. Von den 1833 Klagen waren 1699 von Arbeitern gegen Unternehmer, 104 von Unternehmern gegen Arbeiter, 4 von Arbeitern gegen Arbeiter, 22 von Lehrlingen gegen Lehrherren und schließlich 4 von Lehrherren gegen Lehrlinge.

Über einen arger Mißbrauch bei den „Porzellanern“ schreibt die „Wann.“ das Organ der deutschen Porzellanarbeiter: „Ausbeutung der Arbeiter durch den Arbeiter. Wie anders kann man es nennen, wenn junge Leute, welche als Lehrlinge von dem Fabrikanten angenommen werden, um zu „lernen“, wie man Zellen, Zassen oder sonstige Gegenstände dreht oder bemalt, und wenn dann nach 6 und 10 viel Jahren der junge Mann „ausgelernt“ hat, muß er noch an seine älteren Mitglieder einen Tribut von M. 20, 30, auch M. 60 zu entrichten, genannt „Freisprechen“, zahlen! Gewiß ist dieser alte Brauch auch in vielen anderen Gewerben noch im Umlauf, aber ausgebildeten aber scheint derselbe bei den Porzellanern zu sein. Gerade die älteren Kollegen klammern sich an diesen alten Pöbel, als würde das ganze Gewerbe zu Grunde gehen, wenn einmal joch ein armer Teufel sich über diesen Freitritt oder „Esen hinwegsetzen wollte. Sehr häufig muß der junge Mann sich das Geld zu diesem „Freisprechen“ erst borgen, denn der Verdienst als Lehrling ist nicht barnach, etwas auf die Kante zu legen für den obigen „edlen“ Zweck. Und kommt er diesem Brauch nicht nach, so wird er in Acht und Bann gethan; er ist ja noch nicht freigesprochen worden resp. er ist dem Personal gegenüber seinen Pflichten noch nicht nachgekommen.“ Berücksichtigt man nun die an und für sich traurige Lage solcher jungen Leute, so ist das oben genannte Wort „Ausbeuten durch den Arbeiter“ wahrlich nicht zu scharf. Es wäre endlich an der Zeit, daß dieser alte Pöbel des „Freisprechens“ und des „Einfandes“ gründlich abgeschafft würde. Einige Personale haben dies auch schon gethan, wenn auch nach hartem Kampfe um die allerbekannteste Sache, doch sei vielen leicht dagegen diese Sitten noch desto schwerer in Wälze. Wenn jeder denkende Genosse sich vornimmt, hierin mit Wandel schaffen zu helfen; so dürfte es nicht schwer fallen, in kurzer Zeit auch für diesen Pöbel schwärmenden Kollegen zu übergeben, daß derartige auf Kosten junger und meist aller Mittelständiger Ausbeuter oder Zügelherren nicht mehr in die heutige Zeit passen. Freigang? Wer! Diskutieren wir darüber in den Versammlungen und betreten uns von den nach Zustimmung- und sonstigen allem Dumpfsteim riedenden Gesprächen, schaffen wir das „Freisprechen“ und „Einfand-zahlen“ ab und konzentrieren wir lieber unsere ganze Kraft darauf, alle jungen Kollegen zu dem Verbande anzuwerben.“

Die Abnie der Bergleute sind in den letzten Jahren ganz enorm gestiegen. Nach der amtlichen Statistik betrug der durchschnittliche Schichtlohn der Bergarbeiter des Dortmund-Bereichs im Jahre 1891 M. 4.05, im Jahre 1892 M. 3.90, 1893 M. 3.68. Dabei ist noch zu bedenken, daß diese Zahlen durch-

schnittszahlen sind, daß also naturgemäß viele Bergarbeiter weniger verdienen. Daß die meisten jetzt noch weniger verdienen, das zeigt die Thatfache, daß in der letzten großen Versammlung ein Mindestlohn von M. 3.50 gefordert wurde. Und doch zahlte die Bergwerks-Gesellschaft zum größten Theil noch ganz annehmbare Dividenden. Damit diese auch ja nicht zurückgehen, sorgen die Bergwerksbesitzer durch Verminderung der Produktion dafür, daß die Preise in die Höhe getrieben werden. Die entlassenen Arbeiter aber müssen sehen, wo sie bleiben, nach deren Schicksal fragen die Ordnungsbewahrer nicht.

Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter. Einnahme vom 1. Oktober 1893 bis 30. April 1894: M. 11 502,67, Ausgabe M. 11 074,22, mithin Ueberschuß M. 428,45. Hinsichtlich angelegt sind M. 21 000. Der Verbandsvorstand legt hinzu: „Unser diesmaliger Bericht konnte leider nur wenig glänzend ausfallen. Einnahmen und Ausgaben deuten sich annehmend. Wenn wir die Ursachen nachforschen, die solche verhältnismäßig schlechte Ergebnisse zeitigten, so müssen wir vor Allem wieder der großen Schwierigkeiten gedenken, mit denen wir zu kämpfen hatten, die Hindernisse, die unsere Agitation in den Weg geworfen werden, die wie schon in früheren Berichten festgestellt haben: die Polakabtreibung, die Erschwerung der Einziehung von Beiträgen, das drohende Gespenst der Abregelung — kurz, alle alten Bekannten in ununterbrochener Thätigkeit. Zudem hatten wir gerade in diesem Halbjahr unter den Folgen des vorjährigen verunglückten Streiks zu leiden. Fast sämtliche Führer des Verbandes saßen viele Monate lang hinter Schloß und Riegel, zeitweilig der ganze Vorstand: Rein Wunder, wenn durch diese harten Strafen, durch die vollständige Abmangelung der Agitation eine gewisse Panik und eine Muthlosigkeit unter den Mitgliedern eintritt.“

Die Arbeiterkraft Bayerns ist mit Recht empört über die willkürliche Auslegung, die einzelne Polizeibehörden unter offenkundiger Billigung des Ministers von Reichlich dem bayerischen Vereinsgesetz geben. Nach Artikel 15 dieses Gesetzes können Frauen und Minderjährige weder Mitglieder politischer Vereine sein, noch den Versammlungen solcher anzuwohnen. Der Zweck und Umfang dieses Artikels ist klar genug: er soll die Frauen von der politischen Thätigkeit fernhalten. Ob eine derartige Bestimmung im allgemeinen Interesse notwendig ist, kann man insofern für das Nachfolgende unbedeutend lassen, als die Bestimmung durch die Behörden auszuführen ist, so lange sie im Gesetze steht. Dagegen ist die Art ihrer Auslegung nicht ein sozialpolitischer Mißbrauch, sondern einfach unbillig, da die bayerische Politik Dinge in den Artikel 15 hinein interpretiert, die nicht darin enthalten sind. Sie behauptet den Artikel, um einmal sozialdemokratische Versammlungen zu führen, auch wenn sie sich nicht mit öffentlichen oder politischen Angelegenheiten beschäftigen, und fobann um die Frauen auch von der rein gewerkschaftlichen Bewegung fernzuhalten. Man betrachtet Versammlungen, die sich mit Lohn- und Arbeitsfragen beschäftigen, sobald dazu auch die weiblichen Arbeitskollegen eingeladen werden, oder weist die Frauen aus solchen Versammlungen aus. Allerdings ist diese Praxis keine unethisch: es ist z. B. in Preußen erlaubt, was in dem „Reichsrecht“ gelehrtet wurde oder in Hof verordnet ist, aber die Praxis wird durch zweierlei Maß nicht angelehrt. Nebenfalls ist es dem Gesetzgeber nicht eingeleitet, den Frauen die Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen abzuschneiden zu wollen und es ist demgemäß unbillig, daß sich die bayerische Polizei das Recht herausnimmt, den Arbeiterinnen jedes Koalitionsrecht, das den Arbeitgebern unverkammert bleibt, zu nehmen. Das beweist auch die obige bayerische Gesetzgebung, die z. B. den Wittfrauen das Gemeinbewusstsein unter gewissen Voraussetzungen wahrte. Die Beschwerdekommission der bayerischen Kammer hat denn auch diese Polizei-Praxis energisch verurtheilt, nur konnte ihr Bericht nicht mehr vom Plenum bestätigt werden. Der Minister ist also formell „berechtigt“, die Stellungnahme des Ausschusses vorläufig zu ignorieren. Aber die Arbeiterkraft wird er damit sicher nicht zufriedenzustellen.

Die Streiks und der bayerische Strafgesetzbuch. In den „Deutschen Worten“ ist Dr. V. Verant an einem Theile des Strafgesetzbuches Artikel 185 der bayerischen Gewerbeordnung befaßt den kontraktbrüchigen Arbeiter mit Arrest; aber namentlich das Bagabundensgesetz, das nach der unerhört weiten und vom Reichsgericht nicht anerkannten Interpretation der politischen Behörden sich auch auf streikende Arbeiter bezieht, ist eines der Hauptmittel, mit denen bisher die Verwaltungsbürokratie gegen die Streikenden vorgegangen ist; dazu kommt das auf Grund einer Verordnung von Jahre 1891 bestehende Verbot, ohne Erlaubnis der Polizeibehörde Geld, d. h. einen Streikfonds zu sammeln, da ein solcher als Fonds zur Unterstützung nach § 85 Gewerbeordnung strafwürdiger Personen erscheint. Nach dem § 141 des Entwurfs wird nun auch mit Strafe bedroht, wenn Gewalt, Einschüchterung, Bedrohung mit Verletzung an Vermögen, einschüchternde Beschimpfungen, Behinderung im berufsmäßigen Gebrauche von Werkzeugen u. s. w. angewendet wird, damit dem Streik Folge gesetzt werde. Es ist klar, daß dadurch bei einer einigermaßen weiten Interpretation jeder Streik strafbar wird. Dazu kommt, daß in dem Entwurfe als Vergehen bestraft wird die Aufforderung zu Ungehorsam (nicht bloß gegen die Strafgesetze, sondern nach dem Muster der deutschen Praxis) gegen die Gesetze, sowie zu strafbaren Handlungen. Also jede Aufforderung zum Streik wird gestraft werden, kann oft stärker bestraft werden als die Gesetzesübertretung selbst, zu der aufgeführt wird. Die Strafe bei Koalitionsübertretung konnte bisher bis zu drei Monaten, kann nach dem Entwurfe bis zu sechs Monaten betragen. Die Verordnung vom Jahre 1891 ist im Entwurfe auch lobigkritisiert worden.

Aus Amerika. Ganz unerwartet haben die Führer der Kohlenarbeiter auf einer gemeinsam mit Vertretern eines Theils der Unternehmer in Coalitions u. s. w. abgehaltenen Konferenz einen Kompromiß abgeschlossen, durch welchen die geforderte Forderung auf die Hälfte reduziert, d. h. von 70 auf 30 Cents pro Tonne festgesetzt wurde. Dieser Schritt hat überall unter den Streikenden Enttäuschung hervorgerufen, und es ist noch sehr die Frage, ob die Debatte zur Wiederannahme der Arbeit erfolgt wird. Die Führer motivieren ihre Handlungsweise damit, daß das „geforderte Aussehen“ der Streikenden ihnen die ganze Sympathie der Bevölkerung entfremdet, die öffentliche Meinung gegen sie gestimmt habe, so daß nicht mehr zu erreichen gewesen wäre. — In den Minen einzelner Distrikte war der Forderlohn vor dem Streik 70 Cents und die dortigen Arbeiter hatten im Interesse des Gesamtstreiks die Arbeit

niedergelegt, da es ja ein Hauptforderungs für dessen Gelingen war, daß ein empfindlicher Kohlenmangel eintrete, wodurch auf einträglicher Weise ein Grund für die „öffentliche Meinung“ — d. h. die von der Presse betriebene Meinung der Interessenten, der Fabrikanten, Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften etc. — ausgedrückt wurde, als durch das „gefehlte“ Auftreten der Streikenden; der Kompromiß bedeutet also für diese Arbeiter eine Lohnreduktion. Außerdem enthält derselbe einen Postus, welcher gleichfalls eine solche Involuntä, da durch denselben der festgesetzte Lohn für reine Wochlohn gilt, während bisher im Allgemeinen die Lohnbestimmung für das gesamte geforderte Produkt galt. Nur in gewissen Distrikten bestanden Ausnahmen; so spielte an der einen Stelle das „Nullen“ (Nichtzahlung von Abungen, welche nach Ansicht des Mannes zu viel Geld und Steine enthalten), an der anderen das „Sieben“ eine Rolle, bezüglich dessen f. B. von der Legislatur Illinois ein Gesetz erlassen wurde, welches eine gewisse Grenze für die Weite der Maschinen festsetzte, welche von den geführten Unternehmen von Jahr zu Jahr vergrößert worden waren. — Es lautet auch, daß ein großer Teil der Unternehmer, besonders in Pennsylvania, geneigt ist, nicht im geringsten nachzugeben. — Noch sei erwähnt, daß die für die früheren gemeinsamen Konferenzen — deren mehrere an verschiedenen Plätzen stattgefunden haben — von der Exekutive des Minerverbandes gesendeten Delegationen für die letzte Konferenz nicht wieder ernannt wurden, weil sie auf keinen Vergleich eingegangen waren.

In der letzten Sitzung der Konvention des nordamerikanischen Eisenbahn-Arbeiter-Verbandes (Am. Railway Union) wurde ein Beschluß gefaßt, welcher eine sehr schlechte Sicht auf den betreffenden Teil der Delegationen wirft, welche für ihn stimmten; derselbe ging nämlich dahin, daß „Farbig“ nicht in die Union aufgenommen werden dürfen. Es ist dies dieselbe Bestimmung, welche der Int. Maschinenverband in seinen Statuten hat, weshalb seine Aufnahme in die „Federation of Labor“ abgelehnt und eine zweite Maschinen-Organisation gegründet wurde. Es scheint so, als ob in der letzten Zeit das egoistisch-reaktionäre Element aus den alten Organisationen, den „Verbandschaften“, der neuen Union sehr stark zugeflossen ist und dieselben zu beeinflussen droht. Es war eigentlich nicht die Majorität, welche jenen Beschluß gefaßt hat; in der vorhergehenden Sitzung war derselbe allem Anschein nach für die Aufnahme, die Gegner setzten aber die Vertagung durch und provozierten gleich im Beginn der nächsten Sitzung die Abstimmung, wobei 102 Stimmen für, 118 gegen die Aufnahme abgegeben wurden, während die Gesamtzahl der Delegationen circa 800 beträgt. Präsident Debbé behauptete zwar den Beschluß, erklärte aber, daß die Minorität sich demselben füge werde. — In einer früheren Sitzung, welcher der „General-Vermeister des Ordens der Knights of Labor“, Sovereign, beigewohnt hatte, war beschlossen worden, ein „Schuß- und Kruppbinde“ mit dem Orden abzuschließen; da dieser aber ebenso wie die „F. o. B.“ seit seinem Bestehen für die Ermerzung der Mitgliedschaft keinen Unterschied in den Massen machte, so dürfte da gleich im Beginn der Freundschaft ein Konflikt entstehen.

Situationsberichte.

Maurer.

Der Zugzug ist fernzuhalten von Oberburg, Freiburg i. Br., Schwab i. N., Danzig, und in Wamböbel von dem k. s. Bau in Pilschenfeld.

Wilhelmshagen. Am Freitag, den 6. Juli, fand im Lokale des Herrn Bachmann die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhofs-Gesellschaft statt. Nach Verlesung des Protokolls bemerkte Kollege Niedmann, daß er in der vorigen Versammlung als zweiter Kassierer gewählt wurde, welches der damalige Schriftführer jedenfalls übersehen hat; dieses dient somit zur Berichtigung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Unter Vorlesung und der Arbeit hier am Ort, schloß Kollege Schaben in kurzen Worten die immer mehr zunehmende Krisis im Baugewerbe und ermahnte die Kollegen, stets fest zur Organisation zu halten, und sobald Unregelmäßigkeiten vorkommen sollten, es sofort der Verwaltung zu melden. Zum zweiten Punkt: Bericht des „Verbands“, wurde bekannt gemacht, daß unter beizühilflicher Sommervergütung am 22. Juli im Lokale des Herrn Werbs, Georgwerber, stattfand. Im „Verbands“ empfiehlt der Bevollmächtigte, wieder die obligatorische Einführung der Protokolle von diesjährigen Verbands-tage. Dann machte Kollege Niedmann bekannt, daß am Freitag, den 20. Juli, Abends 8 Uhr, bei Herrn Witt eine Versammlung der Zentral-Kassenkassen der Maurer u. v. genannt: „Grundstein zur Einigkeit“, stattfand, und erludte die Mitglieder, recht zahlreich dort zu erscheinen. Einer längeren Debatte wurde Eder's Bau in Georgwerber unterzogen, wo ein verheirateter Kollege Ederabend bekam, weil einige Mann das Bauen im Afford übernehmen hatten und Einer zu viel dort beschäftigt war. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Bergedorf. Am Sonntag, den 8. Juli, fand hier selbst die Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem die Kassenbücher erleset und zwei Mitglieder sich hatten aufnehmen lassen, wurden vom Kassierer die Monats- und Quartalsabrechnungen vorgelegt und für richtig befunden. Im 2. Punkt wurde von K. o. der Antrag gestellt, dem Kollegen Stamer, welcher lange Zeit krank und arbeitslos war; sämtliche Beiträge zu erlassen und sollen die 60 Pf. der wöchentlichen Beiträge für die Hauptkasse aus der Lokalkasse gedeckt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann wurde vom Bevollmächtigten ermahnt, daß unser Sommervergütung am 22. Juli stattfinden, und wurden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und auf möglichst gute Ordnung zu sehen, damit das Vergütigen in seiner Weise gefaßt werde. Dann wurde beantragt, daß Kollege F. Müller, welcher Streikgefallen halber vor einiger Zeit aus dem Verband ausgestrichen ist, sich, wenn er wieder Mitglied werden will, in der Versammlung einzufinden hat. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Da weiter nichts Wichtiges vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am Sonntag, den 8. Juli, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Bahnhofs-Gesellschaft des Verbandes Deutscher Maurer statt und zwar in Folge der Saalverminderung in den „Arminhöfen“, Kommandantenstraße 20. Da im genannten Lokale auch die Arbeitsvermittlung, sogenannte „Morgensprache“, stattfand, wurde für diese Versammlung auf Antrag Dietrich Baumgarten's Anwesenheit eintritt gewährt. Hierauf hielt Kollege Silberbach mit einem Lehrreichen, mit großem Beifall auf-

genommenen Vortrag über „Die erste berufliche Wirkung der Gewerkschaftsbewegung“. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Anschließend hieran berichtete Kollege D. H. n. e., daß sich die Kollegen aus Danzig schriftlich an ihn gewandt hätten, um Auskunft über Arbeitsangelegenheiten. Es hatte sich ein Meister aus Berlin an die Maurer Danzig gewandt mit dem Ersuchen, nach Berlin zu kommen, es sei hier viel Arbeit vorhanden. Er habe selbstverständlich nach Danzig berichtet, daß hier Tausende von Kollegen arbeitslos sind. Die Juristen würden nur den Arbeitslosmarkt vergrößern. Wie notwendig eine Organisation ist, sei hier so recht ersichtlich. Wären die Danziger Kollegen dem Rufe des betreffenden Meisters blindlings gefolgt, was hätte ihrer hier gewartet? Die Ausbeutung, das Gefährliche, die Berliner Kollegen geschädigt zu haben. — Das dies nicht geschehen, sei ein Verdienst der Organisation; hier eines der Zentralverbände der Maurer Deutschlands. Dies möchten doch die uns noch fernstehenden Kollegen beherzigen. Nachdem die im vergangenen Monat neu aufgenommenen Mitglieder verlesen waren, verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Derselbe erwieh einen Kassier von M. 225,66; sie wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassierer daraufhin entlastet. Bericht über die Arbeit der Bibliothek hielt Kollege C. S. mit dem Antrag, daß für die nächste Mitglieder-Versammlung sämtliche Kollegen, welche Bäder aus der Bibliothek entleihen haben, dieselben mitzubringen haben; die Versammlung stimmt dem zu. Nachdem zwei Untersuchungsberichte der Untersuchungskommission überlesen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 8. Juli, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhofs-Gesellschaft des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands in der Wilhelmsdorferstraße 89, bei F. Krause. Kollege Helwig führte aus, daß es Pflicht ist, jeden Kollegen zu sich, dem Zentralverband anzuschließen, da sich doch schon im Laufe des Monats die Zahl von zweiunddreißig in eintausendfünfzig auf elfzig fünfzig Mitglieder vermehrt habe. Weiter führte Kollege Helwig aus, daß Mitglieder, welche wegen Lohnstilllegungen in Streikgefallen kommen, sich so bald als möglich an ihn zu wenden haben, für den Fall, daß Rechtschutz in Anspruch genommen werden muß, anderenfalls die Kasse nicht für die Kosten auskommt. Sodann wurde beschlossen, die Versammlungen nicht durch Handzettel bekannt zu machen. Sodann führte Kollege Schütz aus, so viel wie möglich dahin zu wirken, die jungen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Redner führte noch aus, wie sehr die Fischmarkt überhand nehmen, welches nicht gerade in Charlottenburg selbst, aber in der Umgegend der Fall sei. Sodann führte Herr Schütz aus, daß er Kontrolleur der Unfälle sei, er wohne Krumme Str. 27, Duergeß, 1 Tr. Kollege Helwig führte aus, daß sich die Kollegen nicht getrauen, die Wahrheit über einen Unfall oder dergleichen Sachen zu sagen, weil sie zu schäbig sind und nur die Worte haben, wo es nicht nötig wäre. Schluß der Versammlung 1 1/2 Uhr.

Bamkows. Eine öffentliche Maurerverammlung für Bamkows tagte am 9. Juli im Lokale des Herrn Lehmann, Wollankstraße, in welcher Kollege Schütz aus Berlin über das Thema: „Der wirtschaftliche Niedergang im Baugewerbe“ referierte. Redner führte an, daß die Bauarbeiter am meisten der Ungunst der Witterung ausgesetzt sind und dadurch Krankheiten, wie Rheumatismus und dergleichen, den Bauarbeiter ruinieren und daß die Arbeitsverhältnisse so schlecht sind, daß Hunderte von Kollegen auf der Straße liegen. Dieses benutzen gerade die Unternehmerproben, um durch lange Arbeitszeit und Ueberstunden ihren Geldsack zu füllen, und werfen sie immer mehr Kollegen auf die Straße. Redner führte weiter an; daß wir nur Saisonarbeiter sind und nur kurze Zeit im Jahre arbeiten können und viele schon morgen nicht wissen, wo sie Brot hernehmen sollen. Redner ermahnte die Kollegen, sich zu organisieren, oder sich einer Organisation anzuschließen und sei für die Zentralorganisation die beste. Kollege K. o., welcher sich den Ausführungen des Kollegen Schütz anschloß, war der Ansicht, daß die Verhältnisse hier am Orte doch etwas anders liegen, und den Kollegen müßte der Zweck des Verbandes näher auseinandergesetzt werden. Hierauf legte Kollege Schütz ein den Zweck des Verbandes dar. K. o. sprach für Anschluß an den Verband. Hierauf wurde von K. o. die der Antrag gestellt, zunächst eine provisorische Verwaltung zu wählen, welche die Gründung der Bahnhofs-Gesellschaft in der Hand nimmt. Hierauf wurden Gußmann als Bevollmächtigter, Karl Bartsch als Kassierer, Friedrich Mag als Schriftführer vorgeschlagen, welche auch ihr Amt annehmen. Silberbach midt sprach den Wunsch aus, daß die neue Bahnhofs-Gesellschaft als neues Glied in der deutschen Maurerbewegung nützlich kämpfen möge. Zum Schluß rief Kollege Schütz noch einen kleinen Streit zwischen K. o. und Silberbach midt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Kiel. Am 11. Juli fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung unserer Bahnhofs-Gesellschaft. Zunächst wurde das Protokoll verlesen und genehmigt. Sodann erfolgte die Wahl eines zweiten Bevollmächtigten; es wurde Kollege Schütz als Kassierer gewählt. Sie hielten es kaum für nötig, Vorschläge zu machen; diese fanden es nicht für nötig, bei der Wahl die Hand zu heben; die Befestigung an den Debatten ist furchtbar mangelhaft. In der Berichterstattung vom Gewerkschafts-Ausschuß wurde besonders betont, daß das hiesige Baugewerbe verurteilt, von seiner Seite aus einen Delegierten in das Gewerkschafts-Ausschuß zu entsenden, dieser aber nicht angenommen wurde, weil das Gewerkschafts-Ausschuß nicht einverstanden war. Bei der Wahl eines Gewerkschafts-Delegierten wurden vom Verband aus die Gewerkschaften ernannt und wählten sie einen Gewerkschafts-Ausschuß; die Wahl fiel auf den Kollegen B. e. d. Die Abrechnung des Verbandes wurde für richtig befunden und wurde dem Kassierer Decharge erteilt; die Mitgliederzahl ist jetzt 814. Kollege St. e. f. n. stellt den Antrag, dem Kassierer eine einmalige Vergütung zukommen zu lassen, weil er zu viel Arbeit hat (er kann sojungen kaum das Haus verlassen, weil die meisten Mitglieder den Vortrag in seiner Wohnung entrichten). Er wurde M. 10 bewilligt. Kollege W. u. f. stellt den Antrag, das Mitglied F. e. n. r. i. c. h. V. d. w. i. g. zur nächsten Versammlung einzulassen. Der Antrag des Kollegen P. e. t. a. u., nicht die ganze Mitgliederliste vorzulesen, sondern alle Verträge die Referanten bekannt zu geben, wurde angenommen. Im „Verbands“ wurden einige Streikgefallen erledigt und hierauf folgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 8. Juli, fand in unserem Vereinslokal in der „Neuen Welt“, Flingerstraße 89, die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt; zunächst machte der Bevoll-

mächtigt bekannt, daß ursprünglich eine öffentliche Versammlung zu welcher Kollege K. a. h. l. aus Duisburg das Referat übernommen hatte, stattfinden sollte. Derselbe unterließ, weil die löbliche Polizeibehörde hierzu eine Bescheinigung erteilte resp. erklärte, daß keine Anmeldeung erfolgt sei, was aber vom Vertrauensmann F. e. r. o. d. als nicht richtig hingestellt wurde; er habe die Anmeldeung schriftlich eingereicht. Der erste Punkt fand durch Aufnahme zweier Kollegen und Zahlung der Beiträge seine Erledigung. Die Abrechnung über unser Sommerfest wurde von der Versammlung gutgeheißen und der stellvertretende Decharge erteilt. Bei diesem Punkt gab der Berichtersteller bekannt, daß er von der Polizei eine Auflage wegen Berechnung gegen das Vergütungsrecht erhalten habe. An der Debatte beteiligten sich noch mehrere Kollegen und wird auf gerichtliche Entscheidung angetragen werden. Zum „Verbands“ nahm Kollege K. a. h. l. das Wort. Er behauptet, daß die Versammlung so schlecht besucht sei; er hätte nicht geglaubt, daß in einer Stadt wie die unsere, wo Hunderte Maurer beschäftigt sind, so wenig dem Verbände angehören; wir hätten doch wahrlich keine Ursache, mit unserer Lage zufrieden zu sein, dieselbe sei doch so miserabel und schlecht wie nur möglich. Kollege B. a. r. t. e. l. s. gab noch bekannt, daß am 22. Juli in der „Neuen Welt“ eine öffentliche Versammlung stattfinden werde, wozu die Delegierten zur Konferenz ins Rheinland und Westfalen. Pflicht eines jeden Mitgliedes sei es, zu erscheinen und dafür Propaganda zu machen, daß dieselbe von allen Kollegen besucht werde.

Friedrichshagen. Am 7. d. Mts. fand im Lokale des Herrn August Steidel eine Mitglieder-Versammlung der Bahnhofs-Gesellschaft statt. Neu aufgenommenen ließen sich zwei Kollegen; Sodann erfolgte die Wahl eines Schriftführers, da leider der bisherige Schriftführer nach kurzem Bestehen unserer Bahnhofs wegen Mangels an Arbeit abtreten mußte, welches wir, da derselbe ein eifriges Mitglied des Verbandes in unserer Bahnhofs war, sehr bedauern; an dessen Stelle wurde Kollege W. i. l. h. e. i. m. B. a. l. l. e. r. als Schriftführer gewählt. Der bisherige Kassierer, Kollege Franz K. o. h. l., mußte Verhältnisse halber sein Amt niederlegen, und wurde an dessen Stelle Kollege C. u. f. a. v. B. u. l. l. m. a. n. n. gewählt. Dann wurde zur Wahl der Revisoren geschritten. Gewählt wurden: Christian K. a. g. e. s. und Wilhelm K. a. g. e. s. Die Quartalsabrechnung ergab einen Kassenbestand von M. 23,90. An die Hauptkasse sind abgeschickt M. 17,90 für die Lokaltverwaltung dieses als Kassenbestand M. 4,20. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dann wurde noch bekannt gegeben, daß demnächst eine öffentliche Versammlung abgehalten wird.

Diesheim. Eine öffentliche Maurerverammlung fand am Sonnabend, den 7. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wolf statt. Tagesordnung: 1) Die Arbeiterbewegung, betrachtet vom Standpunkte der Hygiene; 2) Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-Ausschuß; 3) Bescheidenes. Zum ersten Punkt erließ Kollege B. a. n. n. e. s. Hannover das Wort. Derselbe erläuterte in sehr befaßiger Weise die Hauptziele der Arbeiterbewegung und in welcher krasser Weise die Arbeiter durch die heutige Produktionsweise geschädigt werden. Redner führte verschiedene Beispiele an welche bewiesen, daß durch schlechte Speisen und schlechte Wohnungsverhältnisse die Arbeiter an ihrer Gesundheit schwer geschädigt sind. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Als Gewerkschafts-Ausschuß-Delegierte wurden nach ziemlich reger Debatte die Kollegen F. e. h. n. e. t. t. e. r. und W. i. n. f. e. p. a. n. t. einstimmig gewählt. Nachdem Kollege B. u. n. n. e. s. die Pflichten, welche den Delegierten obliegen, bekannt gegeben, forderte der Vorsitzende; Kollege F. e. h. n. e. t. t. e. r., sowie Kollege B. u. n. n. e. s. die noch nicht organisierten Kollegen auf, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands beizutreten, denn unter den heutigen Verhältnissen wäre es unbedingt Pflicht, daß sich ein jeder Arbeiter der gewerkschaftlichen, wie der politischen Bewegung anschliesse. Sodann empfahl Kollege B. u. n. n. e. s., den kleineren Orten bezüglich der Agitation mehr Aufmerksamkeit zu widmen, denn wenn die Kollegen auf dem Lande erst gewerkschaftlich organisiert wären, würde es der politischen Arbeiterbewegung von großem Nutzen sein. Nachdem dann noch verschiedene kleine Fragen erledigt waren, erfolgte 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Dresden. In der am Mittwoch, den 4. Juli, im großen Saale des „Titanen“ tagenden öffentlichen Maurerverammlung, welche gut besucht war, referierte Genosse Redakteur F. i. s. c. h. e. r. über: „Mittelpunkt und wissenschaftlicher Sozialismus“. Die Ausführungen des Vortragenden fanden bei den Anwesenden das lebhafteste Interesse und wurde dem Referenten reichlicher Beifall zu Teil. Als dann der Vorsitzende die Debatte über den ersten Punkt eröffnen wollte, erhob sich der überwachende Beamte und erklärte, es sei keine Debatte angemeldet und somit lasse er auch weiter Niemand über den Vortrag sprechen. Nun war aber hauptsächlich gar kein Vortrag angemeldet, sondern ganz einfach „Mittelpunkt und wissenschaftlicher Sozialismus“; demnach hätte der überwachende Beamte nicht das Recht, nur eine Person über dieses Thema sprechen zu lassen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Vertrauensmannes, gab Kollege F. a. h. s. i. t. i. c. h. einen Überblick über den Stand unserer Bewegung. Redner schilberte, wie die Organisation vor zwei Jahren schon einmal ganz bedeutend zurückgegangen sei, so daß sie nur 14 Mann umfaßt habe, jetzt aber sechs ist wieder kräftig da. Weiter schilberte er die unerblicklichen Zustände im Bauhandwerk; dabei erludte ihn der überwachende Beamte, zur Tagesordnung zu sprechen. Kollege F. a. h. s. i. t. i. c. h. beendete den Vortrag gebührend, worauf er ungehindert weiter sprechen durfte. Der vom Kollegen F. a. h. s. i. t. i. c. h. vorgetragene vierteljährliche Rechenschaftsbericht vom 1. April bis 30. Juni ergab eine Einnahme von M. 127,05; die Ausgaben betragen: An die Hauptkasse abgezahlt M. 110,00, Totale Ausgaben M. 308,18; Summa M. 1408,18, mithin ein Kassenbestand von M. 128,87. Die Mitgliederzahl beträgt 908. Nun ermahnte Kollege F. a. h. s. i. t. i. c. h. die Anwesenden, auch fernherhin thätig für den Zentralverband der deutschen Maurer zu agitieren, nicht zu ruhen und zu rasten, dann werde der Sieg nicht ausbleiben. Hierauf wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Zum dritten Punkt: „Wahl des Vertrauensmannes und der Revisoren“, wählte man den Kollegen F. a. h. s. i. t. i. c. h. als Vertrauensmann wieder, als Stellvertreter Kollegen M. u. m. a. n. n. und Revisoren die Kollegen P. a. u. l. B. i. n. d. e. r. und T. h. a. r. m. e. r. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Wuzen. Am 9. Juli fand eine öffentliche Maurerverammlung in „Stadt Wien“ statt. Wegen zu schwachen Besuchs der Versammlung wurde von dem Vortrage Abstand genommen. Kollege K. o. p. s. c. h. legte im zweiten Punkt den Zweck und Nutzen der Landeskonferenz dar und wurde derselbe als

Delegirte gewählt. Des Weiteren sprachen sich die anwesenden Kollegen über die Verhältnisse in Würzen aus. ...

Stügelandt.

Aus Böhmen.

Anfang an die Stultateure, Wisper und beyr. Berufs- genossen in Böhmen und Westfalen.

Kollegen! Durch die Wirtschaftslage der heutigen Gesell- schaft wird die wirtschaftliche Noth immer größer, das Gespenst des Hungers und Elends tritt von Tag zu Tag mehr in den Vordergrund. ...

Was können wir einzeln dagegen machen? Wie wollen wir einzeln dem Arbeitgeber etwas abringen? ...

Kollegen! Sorgt dafür, daß die Konferenz recht zahlreich und möglichst von allen Orten besucht wird. ...

Wir schlagen Euch vorläufig folgende Tagesordnung vor: 1. Bericht über die Lage in den einzelnen Orten. ...

Friedrich Bertels, Stultateur, Marbrüderstraße 46.

Wir ersuchen sämtliche Berufsgegenossen, für die Verbreitung des Aufrufs einzutreten.

Aus Götting.

Diegelt wie und im Hochsommer befinden, also in einer Zeit, wo die Bauarbeiten fast im Stillstand, steht es hier dieses Jahr ganz traurig aus. ...

Verabfrage, braucht man keine Maurer mehr zum Weisen, sondern dies müssen die Arbeiter besorgen und zwar Sonntags Vormittags.

Die örtliche Verwaltung im Verein mit den Zimmerern hat bei den Weisern die Einführung der geschäftlichen Arbeits- zeit verlangt. ...

Jeder suche zur nächsten Versammlung energisch zu agitiren und die fernstehenden Kollegen mitzubringen! ...

Ich rufe Euch nochmals auf, daß wir nur durch Einheit unsere Lage verbessern können. ...

Albert Schoebel.

Chemnitz, im Juli.

Mein Abschied.

So hat wie Marmor ist mein Herz, Doch edel keine Kränze, ...

Es hegt bei Freude, Lust und Schmerz, Nur reine Menschenliebe. ...

Gehärtet ist im Felsenkampf Wie altverehr'te Eichen. ...

Nicht kann es plumpes Fußgestampft Der Arbeit erweihen. ...

Doch gleich's Momente, wo es gleich Doch höchst läßt ein Hochen. ...

Es wird abwechselnd hart und weich Durch innerlich's Kochen. ...

Und heimlich dann dem Aug' entfliehet Eine Thräne nach der andern, ...

Wie daß es wieder Muth erreicht Und denkt: Ich muß jetzt wandern. ...

Ich frag' mich, wo der Eindruck her? Ich komm' ihn nicht verneinen. ...

Es war nicht so von ungefähr; Ich muß' von Freunden scheiden! ...

Franz Vorreiß, Ausgewiesener aus Chemnitz.

Berühmtes.

* Einen öffentlichen Volkszählung vorräth folgendes von der Amtsgewaltigkeit Chemnitz erlassene Verbot einer in C b a geplanten Versammlung unter freiem Himmel. ...

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Central-Wochenblatt der sozial- demokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, ...

Die Nr. 24 vom 12. Juli hat folgenden Inhalt: Wochen- schau. — Friedrich Engels über die Lage in Italien. ...

Geschichte des Trade-Unionismus in England. III. Die revolutionäre Periode 1829—1842. — Plechanow: Anarchismus und Sozialismus. V. Broudhon. (Schluß.) Bakunin. ...

„Der Neuen Welt“ (Stuttgart, J. S. B. Dieg.) Verlag ist soeben das 41. Heft des 12. Jahrganges erschienen. ...

Zur Politik des Neuen Jahres. — Die französischen Sozial- listen in der Kammer. Von Ch. Bonnier. ...

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. B. Dieg.) ist uns soeben die Nr. 14 des 4. Jahrganges zugegangen. ...

Das Proletariat und das Verbrechen der Frauen. — Die Vergeltung. — Der „Normalarbeitsstag“ für Arbeiterinnen in der Praxis. ...

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Bestellungsliste für 1894 unter Nr. 2880) beträgt ...

Von dem bei J. S. B. Dieg in Stuttgart gegenwärtig in Abrechnung erscheinenden „Lebenschritt's Volks-Fremd- wörterbuch“ geht uns soeben Heft 9 und 10 zu. ...

Gleichzeitig erschienen Heft 9 und 10 von „Eisengart's Geschichte der Kommune von 1871“, illustrierte Ausgabe. ...

Heft 9 des Volks-Regillon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von W. B. Metzler & Comp., ...

Briefkasten.

* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 25, 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. ...

* Eine große Anzahl drücker Verwaltungen des Landes sowohl, als auch der Central-Artenklasse und mehrere Privatpersonen haben trotz ihnen zugeleiteter Rechnung nicht für nöthig gefunden, den Betrag für die von ihnen aufgegebenen Annoncen zu begleichen. ...

Die Expedition.

* Das „Eingekandt“ aus Gießen und der Bericht aus Gr. Olfersleben müßten für die nächste Nummer zurückgeschickt werden. ...

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgegenossen.

Bekanntmachung.

Der in der Poststelle Tschelso gewählte erste Bevollmächtigte und der in der Poststelle Tschelso gewählte erste Kassirer sind vom Vorstand bestätigt.

Der Vorstand.

J. A. T. H. Wömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 10. bis 17. Juli sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

- Von der örtlichen Verwaltung in: Böhmen 14, Thurn 29,28, Caffel 140,88, Mathewen 124,85, ...

Hamburg, den 17. Juli 1894. J. Küster, Neue Brennerstr. 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

Die Konferenz

für Rheinland und Westfalen

wird am Sonntag, den 29. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Saale der Frau Wwe. Kraß, Steelerthor 10, in Essen, ihren Anfang nehmen.

Die Tagesordnung wird folgende Punkte umfassen: 1. Bericht über die Lage in den einzelnen Orten. 2. Agitation und Organisation. 3. Verschiedenes. — Die Delegirten haben von ihrer Wahl dem Kollegen Joh. Rohms in Essen, Wiesenstraße 11, vorher Mittheilung zu machen.

Das auf den Bahnhöfen anwesende Empfangscomité ist an roth-weißen Schleißen kenntlich.

Joh. Staningk.

Anzeigen.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser getreues Mitglied

Wilhelm Zipsen

am Sonnabend, den 14. Juli, Nachmittags 2 Uhr, nach langem schweren Leiden verstorben ist.

Freiburg, den 15. Juli 1894.
Die Beständige Verwaltung,
Joh. Tröhler, Bevollmächtigter.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Eingeführte Liste Nr. 7. Sib: A t t o n a.
In der Woche vom 8. bis 14. Juli sind folgende Beträge eingegangen:

Von der Beständigen Verwaltung in Niederbreisig. M. 60, Königsberg i. Pr. 100, Gorgast 180, Neu-Langhof 100, Seyda 90, Rarpp 90, Weisenhe 160, Bürgel 50, Gagein 100, Rardenberg 120, Althausen 200, Lübeck 200, Landstuf 80, Jordan-Paradies 300, Ratzenow 90, Wiefelsb 40,30, Flensburg 200, Eppendorf 200, Neu-Nappin 100, Wemel 140, Eppelheim 50. Summa M. 2641,20.

Die Beständigen Verwaltungen machen wir auf § 8 Abs. 5 des Statuts aufmerksam, die Beiträge betreffend, dieselbe ist im Monat Juli zu erheben. Extrastatistiken, wo solche nicht genügend vorhanden, ersuchen wir zu bestellen.
A t t o n a, den 14. Juli 1894.

Dr. Neß, erster Hauptkassier,
Friedrichstraße 28.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Centrale Verwaltungsstelle Eppendorf.

General-Versammlung

am Dienstag, den 24. Juli, Abends 8^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Jakob, Winterhuderthal, um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird, der wichtigen Tagesordnung halber, dringend gebeten.

[M. 195] Die Beständige Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Mitglieder-Versammlung

am 26. Juli, Abends 8 Uhr, bei Lambrecht, Rarnapp.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Verbandsvorstandes Th. Wemelburg.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
[M. 165] Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Zahlstelle Berlin II.

Drittes Stiftungsfest

am Sonnabend, den 21. Juli 1894, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20, unterer Saal und Garten. Unter Mitwirkung der Jüdisch-Christlichen und des Selangereischen „Frühlingstanz“. Festrede gehalten vom Genossen Eilerschmidt. Nachdem komische Vorträge

Ringbier wird nicht verzast!

Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. — Anfang 8 Uhr. Im 12 Uhr Kaffeepause.

Bülets sind bei den Vergnügungskomitee-Mitgliedern zu haben.
A. Kindermann, G. Lehmann,
Rohlfstraße 32, SW. Hauptstr. 7 (Schöneberg)
Dr. Carols, [M. 3,60]
Albdrückstraße 38 (Wobbit).
E. Schulz, A. Götsch,
Stellmehstraße 42, W. Oppinerstraße 30, SO.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Zahlstelle Bergedorf.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 29. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Gasthaus St. Peterburg, bei Ww. Wandtke. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
[M. 150] Die Beständige Verwaltung.

Aufforderung!

Hiermit fordere ich den Maurer Joh. Henden aus Lübeck auf, seinen Verpflichtungen gegen mich möglichst bald nachzukommen.
Warten i. Westf. Ww. Wiff, Pleuger.

Büchhandlung des Vorwärts.

Berlin SW., Deuthstraße 2.

Neu erschienen sind soeben:

Leipziger Hochverraths-Prozess

Heft 5.

Ferner gelangte zur Ausgabe:

Anarchismus und Sozialismus.

Von G. Plechanow.

5. Bogen. Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Diese Schrift aus der Feder des bekannten russischen Sozialisten, der unter den sozialistischen Schriftstellern zu den ersten Theoretikern zählt, dürfte gerade unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen ganz besonderes Interesse beanspruchen. Sie füllt in unserer Parteiliteratur eine längst empfundene Lücke aus. In meisterhafter Darstellung entwickelt Plechanow, ausgehend vom utopischen Sozialismus, die Auffassungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus, präzisiert ferner den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie tatsächlicher Hinsicht, und giebt in gedrängter, aber durchaus überflüssiger Form eine Geschichte und Kritik der anarchistischen Theorien an der Hand der von den Aposteln des Anarchismus vorgelegten Schriften von Stirner, Proudhon, Bakunin angefangen bis herunter auf ihre Epigonen in der Gegenwart: Kropotkin etc. Das Schriftchen enthält eine glänzende Absperrung der Verwerflichkeit und Endgiltigkeit der sog. „Propaganda der That“.

Telegramm.

Achtung, Maurer! In Neu-Nappin partiieller Streik ausgebrochen. Bezug fernhalten.

Versammlungs-Anzeiger

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc.

Wien. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei Josef Koller, Landstraß 2.
Aachen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Altenburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Altenburg i. S. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Altona. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Augsburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Barmbeil. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Bielefeld. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Bismarck. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Breslau. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Burg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Cassel. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Chemnitz. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Cottbus. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Darmstadt. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Dresden. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Erfurt. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Eupendorf. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Frankfurt a. M. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Frankfurt a. O. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Freiburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Gießen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Halle. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hamburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hannover. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Heidelberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Helmstedt. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hildesheim. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hof. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Kassel. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Koblenz. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Köln. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Königsberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Krefeld. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Leipzig. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Lüneburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Magdeburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Mannheim. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Münster. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Nürnberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Osnabrück. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Paderborn. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Potsdam. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Regensburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Reims. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinbach. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinland. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinthal. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rinteln. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Saarbrücken. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Salzburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Saxony. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Schlesien. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Sondershausen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Stettin. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Stralsund. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Trier. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Ulm. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Weimar. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wiesbaden. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wilmshausen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wittenberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Worms. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Würzburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.

Grabow i. M. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Grenz. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Gross. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Gumb. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hagen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Halle. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hannover. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Heidelberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Helmstedt. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hildesheim. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Hof. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Kassel. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Koblenz. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Köln. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Königsberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Krefeld. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Leipzig. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Lüneburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Magdeburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Mannheim. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Münster. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Nürnberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Osnabrück. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Paderborn. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Potsdam. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Regensburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Reims. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinbach. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinland. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rheinthal. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Rinteln. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Saarbrücken. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Salzburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Saxony. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Schlesien. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Sondershausen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Stettin. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Stralsund. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Trier. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Ulm. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Weimar. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wiesbaden. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wilmshausen. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Wittenberg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Worms. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.
Würzburg. Sonntag, 23. Juli, Abends 8 Uhr, bei J. C. Koller, Landstraß 2.